

22L



~~\_\_\_\_\_~~  
Report.



*[Handwritten signature]*

Hopkins.



# Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs



Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 3. Januar 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Rückblick auf das Jahr 1930

### I. Wirtschaft und Politik.

In unserer schnellebigen Zeit erscheint es zweckmäßig, bei Beginn eines neuen Jahres sich zusammenfassend zum Bewußtsein zu bringen, wie sich Wirtschaft und Politik vom Standpunkt der freien Gewerkschaften im verflossenen Jahre gestaltet haben. Klarer denn je ist vor allen Dingen in Erscheinung getreten, daß wir weder Politik von der Wirtschaft, noch umgekehrt Wirtschaft von der Politik trennen können. Als wirtschaftliche Interessenorganisation, die gleichzeitig in ihrem Programm eine Anzahl Forderungen mit politischen Auswirkungen und Entscheidungen stellt, müssen wir diese Wechselwirkungen fortgesetzt im Auge behalten. So gesehen, beginnen wir mit einer Erinnerung aus den Vorweihnachtstagen vom 22. Dezember 1929. Damals kam der Volksentscheid über das sogenannte „Freiheitsgesetz“ zur Abstimmung, das gegen den Neuen Plan (Young-Plan) gerichtet war. Die Abstimmung erbrachte aber nur 5,8 Millionen Stimmen für dieses „Freiheitsgesetz“. Damit war die nationallistische Welle für Umgestaltung der Außenpolitik vorerst gebannt. Wir dürfen allerdings nicht vergessen, daß sich mittlerweile die Situation stark verschoben hat. Die Not der Zeit hat bekanntlich im September 1930 die Nazifront allein auf 6,4 Millionen Stimmen gebracht. Dazu kommen weitere 4,5 Millionen Kommunistenstimmen und selbst in den Kreisen der Gewerkschaften und der SPD ist das berechtigte Unbehagen gegen die jährliche 1 1/2-Milliarden-Belastung durch den Young-Plan sehr groß. Aber weder Nazis noch Kommunisten wissen einen Ausweg; denn mit dem bloßen Ablehnungsgesetz kann man weder den Amerikanern noch die ehemaligen Verbündeten England und Frankreich imponieren. Wenn man den Strömungen trauen darf, wie sie gegenwärtig in Amerika vorkommen, so ist an eine Revision des Young-Plans vorerst nicht zu denken. Als nüchtern und realpolitisch denkende Gewerkschaftler können wir uns nicht ohne weiteres auf das Gebiet der Kommunisten und Nazis begeben, da die Konsequenz ihrer Auffassung ein neuer Krieg wäre, für den weder Gewerkschaften noch SPD zu haben sind, abgesehen von seiner materiellen und finanziellen Unmöglichkeit. Dr. Naphali hat in einem Vortrage in unserer Reichsabteilung C, der in Broschürenform unter dem Titel „Welthandel und Wirtschaftskrisis“ erschienen ist, unzweideutig und klar bewiesen, daß die Weltwirtschaftskrise das entscheidende und die deutsche Wirtschaftskrise nur ein Teilkapitel ist. Weder England als obliegende Land noch Amerika als Großgläubigerland haben eine Belastung durch den Young-Plan und dennoch ist dort die Wirtschaftskrise genau so stark wie bei uns. Nun ist richtig, daß die Auswirkung des Young-Plans bei uns die Krise verschärft. Das wäre aber natürlich nicht nötig, wenn wir beispielsweise ganz anders als bisher Vermögen und Erbschaft zur Steuer heranziehen würden. Hierzu ist aber im neuen Reichstag wenig Aussicht; denn ein solcher Antrag der Kommunisten und Sozialdemokraten wurde von den Nationalsozialisten abgelehnt! Diese Heuchlergesellschaft will also dem Kapital nur zu Leibe in der Theorie. In der Praxis frühstücken sie mit den Bankgewaltigen.

Als zu Beginn des Jahres 1930 die Schlufkonferenz über den Young-Plan im Haag stattfand, gab es zunächst einen heftigen Konflikt mit dem Reichsbankpräsidenten Schacht, der die Beteiligung an der neugeschaffenen internationalen Bank zunächst ablehnte. Dieser offenkundige Skandal hat sicher später

entscheidend mitgewirkt, daß es endlich, nämlich am 7. März, gelang, Schachts Rücktritt von der Reichsbank zu erreichen. Dr. Lütke wurde sein Nachfolger. Inzwischen begann sich die wachsende Reaktion zunächst in den Einzelstaaten zu zeigen. Am 13. Januar 1930 wurde die Regierung Fried (Nationalsozialist) in Thüringen gebildet, die noch heute besteht. Sie hat in einer Anzahl Erlassen und Verordnungen insbesondere auch gegen die freigewerkschaftlichen Beamten bereits allerhand Unheil angerichtet. Das politische Durcheinander in Thüringen mit zeitweiligem Ueberradikalismus hat nun den Pendelschlag nach der reaktionären Seite gebracht. Mitte Januar erfolgte der endgültige Abschluß des Neuen Planes im Haag. Er wurde am 13. März 1930 im Reichstage mit 265 gegen 192 Stimmen sanktioniert.

Vielleicht erscheint es zweckmäßig, daran zu erinnern, daß Ende Januar eine Seeabrüstungskonferenz in London stattfand, die keine rechten Resultate herausbrachte, da insbesondere zwischen Frankreich und England einerseits aber auch zwischen England und Amerika andererseits die Begrenzungsfrage nur sehr zaghaft behandelt wurde. Immerhin sind solche Grenzen, wenn auch in geringem Ausmaß, gezogen worden. Wir haben gegenwärtig ein waffenstarreres Europa, schlimmer als in der Vorkriegszeit. Nur Deutschland mit seiner Hunderttausend-Reichswehr macht eine Ausnahme durch das Zwangsverbot des Versailler Friedensvertrages. Wir fürchten aber, daß gegenwärtig, insbesondere auch in der jungen Generation, die den Krieg nicht erlebt hat, eine starke Stimmung für Wiederaufbau eines kriegerischen Militärsystems in größerem Ausmaße vorhanden ist. Die Gewerkschaften als ausgesprochene Friedensfreunde müssen jedenfalls alles tun, um sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Kurios und unerfreulich ist die politische Entwicklung in manchen Einzelländern. So wurde am 18. Februar endlich der Sturz der Regierung Büniger im Freistaat Sachsen erreicht. Aber auch heute ist das sächsische Parlament noch nicht recht in der Lage, planmäßige Arbeit zu verrichten und niemand weiß, was wohl werden mag im neuen Jahre. Inzwischen hat das preußische Ministerium wiederum insofern einige Änderungen erfahren, als der Kultusminister Bede (Demokrat) zurücktrat und Grimm (Sozialdemokrat) sein Nachfolger wurde. Die bisherigen Kundgebungen des neuen Kultusministers lassen klar erkennen, daß er ein Mann am rechten Platze ist. Für den Minister Grzesinski (Sozialdemokrat) trat Genosse Dr. Waentig als Innenminister in Preußen ein, bis er durch Severing am 22. Oktober 1930 abgelöst wurde.

Nach genauen Feststellungen zählte die SPD Ende 1929 über eine Million Mitglieder. Damit ist sie ohne Zweifel die weitaus stärkste politische Organisation Deutschlands. Nimmt man hinzu die fast sechs Millionen Mitglieder zählenden freien Gewerkschaften des ADGB, des AFA-Bundes und des ADB, so ist daraus klar zu ersehen, daß die Reaktion über diese Zahl nicht so leicht hinwegkommen wird, selbst wenn wir auch weiterhin die KPD als Feind im Rücken bewerten müssen.

Im März 1930 hatte sich allmählich die Finanzlage des Reiches katastrophal gestaltet durch die wachsende Zahl der Arbeitslosen und die dafür notwendigen Ausgaben. Wahrscheinlich ist auch richtig, was damals in der linksorientierten Presse allgemein zum Ausdruck kam, daß nämlich mit Abschluß des Young-Plans im Reichstage und einer gewissen Stabilität nach außen hin

nun die Sozialdemokratie ihre Schuldigkeit getan hätte, vom Standpunkt des Bürgertums. So wurde sehr bald ein so starker Druck ausgeübt, daß am 27. März die Regierung Müller zurücktreten mußte und Brüning eine neue Regierung bildete. Zwar erklärte der erkrankte Dr. Scholz um diese Zeit noch auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei, daß die Große Koalition in Deutschland notwendig sei. Die Praxis dieser Partei hat aber in der Folge keinen Zweifel gelassen, daß sie viel lieber mit den Nationalsozialisten marschiert als mit den Sozialdemokraten. Im übrigen wurde am 1. April 1930 das Mißtrauensvotum der SPD. gegen die Regierung Brüning mit 253 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Infolge der fortgesetzten Beunruhigungen, man kann bald sagen der planmäßigen Verwildering der politischen Kämpfe durch Nationalsozialisten und Kommunisten in den Parlamenten und Versammlungen wurde am 18. März das neue Republikaschutzgesetz geschaffen mit 266 gegen 150 Stimmen.

In Sachsen trat im Mai endlich die Beamtenregierung Schick ein, die noch heute fortwirkt, ohne einen rechten Regierungsapparat im Parlament zu besitzen. Denn die Landtagswahlen in Sachsen vom 22. Juni brachten erstmalig ein erhebliches Steigen der Nationalsozialisten von 5 auf 14, während die Sozialdemokratie und die KPD. sich bei einem gegenseitigen Mandatsaustausch in gleicher Stärke hielten. Damit ist die Möglichkeit, parlamentarisch in Sachsen zu regieren, noch schwieriger geworden.

Trotz der Not der Zeit konnte die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden im Mai eröffnet werden. Sie hat einen großen Erfolg aufzuweisen. Auch der Gesamt-Verband beteiligte sich durch seine Reichsaktion Gesundheitswesen an dieser Ausstellung.

Während die Regierung Müller nicht zuletzt gestürzt war, weil bürgerlicherseits die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um  $\frac{1}{2}$  Proz. abgelehnt wurde, mußten im Juni die Beiträge von  $3\frac{1}{2}$  auf  $4\frac{1}{2}$  Proz. erhöht werden.

Von ungewöhnlichem Ausmaß war auch das Interesse für die Weltkraftkonferenz, die vom 16. bis 25. Juni 1930 in Berlin stattfand. Mehr denn 4000 Delegierte, darunter über 2000 aus überseeischen Ländern, zeigten schon äußerlich die Bedeutung dieser Konferenz. Aber auch die Referate und Diskussionen hatten insofern ungewöhnliche Bedeutung, als sich die Energieerzeugung vollständig international entwickelt hat. Hier kennt man keine Landesgrenzen mehr. Es bedürfte nur noch der organisatorischen Umstellung, um wenigstens diesen Teil der Wirtschaft nach dem Bedarf zu regulieren und nicht in Konkurrenz gegeneinander. Es ist immerhin ein Trost in dieser dunklen Zeit, daß in bezug auf Gas, Wasser und Elektrizität die öffentliche Wirtschaft sich in fast allen Ländern des Erdalles mehr oder minder durchgesetzt hat.

Ende Juni wurde das Rheinland von den Franzosen geräumt, d. h. zwei Jahre früher, als es der Versailler Friedensvertrag bedingt. Dieser Erfolg ist nicht von der Sozialdemokratie zu trennen; denn nur mit deren Hilfe konnte der verstorbenen Stresemann die Außenpolitik so gestalten, daß uns dies gelang. Im Reichstag hat sich inzwischen das Zusammenarbeiten der Nazis mit den Kommunisten so wundervoll gestaltet, daß sie mit Hilfe der bürgerlichen Parteien ein Amnestiegesetz durchsetzten gegen die SPD.-Stimmen, so daß eine Anzahl Fememörder dabei freikamen. Dieser Vorgang wird für alle Zeiten der KPD. an den Rockschößen hängen. Leider ist unsere Zeit in bezug auf politische Sauberkeit etwas unempfindlich geworden. Sonst würde schon aus diesem Grunde mancher Kommunist erkennen müssen, daß die Taktik dieser Anti-Arbeiter-Partei in der Tat „einzig“ ist.

Mitte Juli 1930 kam dann die Notverordnung der Reichsregierung heraus. Als aber der Reichstag mit 236 gegen 221 Stimmen die Aufhebung dieser Notverordnung beschloß, löste Brüning den Reichstag auf. Man kann darüber streiten, ob die Taktik der Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit und schon vorher einwandfrei war, wenn man sich die Gesamtbesicherung jetzt ansieht. Es läßt sich aber auch die Behauptung vertreten, daß eine solche Wirtens in weitesten Kreisen der Wählermassen Deutschlands, wie es die Septemberwahlen ergeben haben, nicht erwartet werden konnte. Zunächst kam es jedenfalls zu einem ziemlichen Durcheinander der bürgerlichen Fraktionen, so daß die Aussichten für den neuen Reichstag nicht so ungünstig erschienen. Die Deutschen nationalen hatten sich schon bei der Abstimmung über die Notverordnung in zwei Hälften gespalten. Trevisanus, Borßig und andere gründeten eine „Konservative Volkspartei“. Demokraten und Junodo schufen die Staatspartei und nur die Deutsche Volkspartei blieb (reaktionär) wie bisher.

Die Reichstagswahl am 14. September 1930 ist in ihren Auswirkungen tagtäglich zu beobachten und es bedarf wohl kaum eines Beweises, daß man hier beinahe von einer Art parla-

mentarischen Narrenhaus sprechen kann. Ein Glück, daß die Geschäftsordnung dem Präsidenten Löbe wenigstens ermöglicht, einigermaßen Ruhe zu fassen. Jedenfalls war das erste Auftreten der Nationalsozialisten mit dem Vorpiel der Fenster Scheibenrevolution in der Leipziger Straße in Berlin von solch erschreckender Deutlichkeit, daß eigentlich diese Nazigewalt für alle Zeiten entlarvt sein mußte. Aber in der Folgezeit haben auch die Kommunisten sich manchmal geradezu krampfhaft bemüht, es den Nazis gleich zu tun. Wenn schon das Reichsparlament mit solchen bösen Beispielen voranging, durfte natürlich der Klamauk in den Landtagen und in den Stadtparlamenten nicht fehlen. Wir haben eine so starke Herabwürdigung des parlamentarischen Systems in Deutschland nie zuvor kennengelernt und möchten diese Zeitkrankheit gewiß nicht als unheilbar erklären; aber sie hemmt doch die gesunde politische Entwicklung des deutschen Volkes ganz gewaltig. Es wird jahre-, vielleicht jahrzehntelang der politischen Aufklärung bedürfen, um den Schaden wieder gutzumachen, der durch die rohen Sitten des parlamentarischen Kampfes mit Stinkbomben usw. oder auch des politischen Versammlungslebens mit Stuhlweihen entstanden ist.

Wir wollen nicht ungerecht sein und die Feststellung machen, daß einmal selbst dieser Reichstag eine Entscheidung fällte, die den Gewerkschaften genehm war, nämlich die Willenskundgebung gegen die Verbindlichkeitserklärung des Metallschiedspruches am 18. Oktober 1930. Aber dieser politische Lichtblick ging dann doch wieder verloren, denn es kam zu keiner Auswirkung durch den ungeheuerlichen Schiedspruch Brauns, Jarres, Sinzheimer, über den wir ausführlich berichtet haben.

Daß wir in einer Zeit hemmungsloser Verrohung leben, beweist auch der Bombenlegerprozeß in Altona am 24. Oktober 1930. Es wurden zwar schwere Urteile für die Landwirte bis zu sieben Jahren Zuchthaus gefällt, aber sie dürfen wohl todsicher über kurz oder lang mit einer neuen Amnestie rechnen; denn die KPD. wird auch fernerhin bereit sein, mit den Nazis und Deutschen nationalen zusammen dafür zu stimmen, wenn ihr entsprechende Konzessionen gemacht werden. Pfui Teufel!

Anfang Dezember 1930 trat der Wirtschaftsparteiler Bredt aus der Regierung entsprechend dem Willen seiner Partei. Es wurde die neue Notverordnung, als das kleinere Übel, auch von der Sozialdemokratie im Reichstage angenommen, allerdings mit wesentlichen Verbesserungen, die die Sozialdemokratie für die Arbeitererschaft durchsetzen konnte. Für einen gesulsten Gewerkschaftler bedarf es keiner weiteren Darlegung, um diese Taktik als unbedingt richtig und notwendig zu erkennen. Der Reichstag ist dann bis zum 3. Februar 1931 in die Ferien geschickt worden. Auch hiergegen läßt sich unter den obwaltenden Verhältnissen und unter Berücksichtigung der Zusammenfassung des Reichstages kaum viel sagen. Die Lehre aber wird daraus zu gewinnen sein, daß unsere politische Aufklärungsarbeit in viel stärkerer und planmäßiger Weise sowohl in den Gewerkschaften wie in der Partei geschehen muß.

Wenn wir die Lehren des Katastrophenjahres 1920 recht verstehen wollen, kommen wir zu dem Gesamtergebnis, das deutsche Volk hat sich zwar eine böse Suppe eingebrodht, die es auslöffeln muß. Wir brauchen darum bei alledem nicht zu verzagen. Gewiß werden wir der wirtschaftlichen Not in Verbindung mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit nicht sobald Herr werden. Es hat keinen Sinn, Versprechungen zu machen, die man nicht halten kann. Aber der Beweis ist unzweideutig erbracht, daß durch die Nationalsozialisten und Kommunisten sich wirtschaftlich die Situation gewaltig verschlechtert hat. Die Hoffnungen auf das Dritte Reich, ob es nun im Nationalismus oder im Kommunismus gesucht wird, ist ein Irrwahn, dem wir gegenüber treten müssen, wo wir nur können. Dazu sind wir wahrlich stark genug. Wir glauben auch, daß die nationalsozialistische wie die kommunistische Welle fast ausschließlich getragen wird durch die außerordentliche Not der Zeit. Die gesamte Wirtschaft, nicht nur die Arbeitnehmergruppe, ist aber daran interessiert, daß sich diese Not nicht ins Ungeheure steigert. Darum glauben wir, daß das bürgerliche Geschwätz vom „Kampf gegen den Marxismus“ auf die Dauer zu keinem Resultate führt. Gewerkschaften und SPD. müssen bemüht sein, eine klare planmäßige politische und gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit weiter zu verrichten und die unannehmer zahlreichen Fehler ihrer Gegner rechtzeitig andecken und anzuräumen. So gesehen, kann das neue Jahr trotz aller Not der Zeit uns einen Fortschritt bringen. Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere gesamte Kollegenchaft den Abwehrkampf auf der ganzen Linie aufnimmt. E. D.



## Wiedereinführung der Sonderfürsorge bei berufsbüchlicher Arbeitslosigkeit

In § 107a Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist die Festsetzung einer Zeit der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit für bestimmte Berufe und Gewerbe vorgesehen, in der diese Gruppen eine von der normalen Regelung abweichende Unterstützung erhalten. Im Abs. 3 des genannten Paragraphen ist jedoch folgende Einschränkung vorgenommen:

„Die Reichsregierung kann nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt Abweichendes von Abs. 2 bestimmen.“

Danach hat die Reichsregierung es in der Hand, auch zu bestimmen, daß keine berufsbüchliche Arbeitslosigkeit vorliegt. — Man durfte erwarten, daß die Reichsregierung angesichts der Konjunkturkatastrophe, von der alle Berufe und Gewerbe erfaßt sind, hinter der saisonalen Schwankungen in der Beschäftigung vollständig verschwinden, in diesem Jahre von der Festsetzung einer Zeit der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit absehen würde. — Solche Erwartung war auch angesichts des weitgehenden Abbaues der Unterstützungsjahre in der Krisenunterstützung und Ausdehnung auf fast alle Berufe und Gewerbe ganz besonders berechtigt. — Konnte man noch in früheren Jahren mit einem gewissen Schein des Rechts bei einigen Berufen und Gewerben von einer berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit in bestimmten Zeiten sprechen, so fehlt in diesem Jahre auch der Schein dafür. Hinzu kommt, daß durch die Lohnabbauaktion der Regierung die sogenannten höheren Löhne der Saisonarbeiter, die tatsächlich nicht bestanden haben, die aber als gewichtiges Argument für die Sonderfürsorge stets hervorgehoben werden, äußerst weitgehend gekürzt worden sind. — Trotzdem hat der Reichsarbeitsminister folgendes bestimmt:

„Erlaß über den Beginn der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit im Winter 1930/31. Vom 2. 12. 1930.“

Auf Grund des § 107a Abs. 3 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Oktober 1929 (RGBl. I S. 162) wird nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung folgendes bestimmt:

Für die Berufe und Gewerbe, für die der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine berufsbüchliche Arbeitslosigkeit einheitlich für das ganze Reichsgebiet anerkannt hat, wird für den Winter 1930/31 der Beginn der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit auf den 15. Dezember 1930 festgesetzt, die Festsetzung des Endes bleibt vorbehalten.

Berlin, den 2. Dezember 1930.

Der Reichsarbeitsminister.  
Dr. Stegerwald.“

Herr Dr. Stegerwald hat wieder einmal Sozialpolitik, wie er sie auffaßt, gemacht, eine Auffassung, bei der aber die Arbeiterschaft weder satt noch froh wird. — Durch diesen Erlaß wird für die gleichen Berufe und Gewerbe wie im Vorjahre die berufsbüchliche Arbeitslosigkeit ab 9. Dezember festgesetzt. Auch die Unterstützungsbedingungen sind die gleichen.

Unterstützung erhält derjenige, der arbeitslos ist (§ 89 a ADABG.), die Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erfüllt hat und noch nicht von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen ist. Bedürftigkeit ist keine Voraussetzung des Unterstützungsbezuges.

Die Höhe der Unterstützung bestimmt sich nur nach § 107a ADABG. Danach werden gezahlt:

In der Lohnklasse I bis VI die Sätze der Arbeitslosenunterstützung;  
In der Lohnklasse VII die Sätze der Unterstützungsklasse VI;  
In der Lohnklasse VIII und IX die Sätze der Unterstützungsklasse VII;  
In der Lohnklasse X und XI die Sätze der Unterstützungsklasse VIII.

In der Presse ist die Auffassung vertreten worden, daß auch die nach § 105a ADABG. herabgesetzten Unterstützungsjahre bei der Einstufung in die Unterstützung nach § 107a zugrunde gelegt werden müssen, so daß eine doppelte Herabsetzung der Unterstützung eintreten würde. Diese Auffassung ist irrig. Zwar liegt keine grundsätzliche Entscheidung des Senats in dieser Sache vor, aber selbst Weigert sagt in seinem Kommentar:

„Es ist aber in solchen Fällen nicht etwa eine doppelte Herabsetzung vorzunehmen, wie es nach der Fassung des § 107a in Verbindung mit § 105a scheinen könnte. Wenn z. B. ein Arbeitsloser, dem nach seiner Beschäftigung von 52 Wochen die Unterstützungsjahre der Lohnklasse XI zustanden, nur eine kürzere Beschäftigungszeit nachweisen kann, so erhält er nach § 105a Abs. 1 Satz 2 die Unterstützung nach den Sätzen der Klasse IX. Geht nun, daß für diesen Arbeitslosen der Fall der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit eintritt, so ist er nicht etwa deswegen, weil die Hauptunterstützung bisher nach Klasse IX gezahlt worden ist, auf Grund des § 107a in die Lohnklasse VII herabzustufen, sondern er erhält als Angehöriger der Lohnklasse XI die Unterstützung nach Lohnklasse VIII.“

Das Vorstehende gilt auch sinngemäß bei der Ueberführung von Arbeitslosen aus der Sonderfürsorge bei berufsbüchlicher Arbeitslosigkeit in die Krisenfürsorge.

Sollten Arbeitsämter eine andere Auffassung vertreten und die Berechnung der Unterstützungen nach anderen Grundsätzen verrechnen, so muß der Ortsverwaltung Mitteilung gemacht und dagegen Einspruch erhoben werden. Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, von solchen Fällen dem Verbandsvorstand sofort Nachricht zu geben, der dann beim Vorstand der Reichsanstalt die nötigen Schritte unternehmen wird.

Zu beachten sind für diejenigen Kollegen, die der Sonderfürsorge bei berufsbüchlicher Arbeitslosigkeit unterstellt werden, besonders nach folgende Bestimmungen:

„Während einer berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit kann der Arbeitslose die Annahme von Arbeit nicht mehr aus dem Grunde verweigern, weil sie ihm nach seiner Ausbildung oder seiner früheren Tätigkeit nicht zugunsten werden könne, es sei denn, daß ihm die Ausübung erhebliche Nachteile für sein späteres Fortkommen bringen würde. — Die Ablehnung arbeitsloser Facharbeiter darf während einer berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit nicht auf die Fachabteilung, der sie ihrem Berufe nach angehören, beschränkt bleiben.“

Seiffert.

## Linientreue Kommunisten als Geschäftsführer und Arbeitgeber

Die Kommunisten bringen sich als die einzigen Vertreter von Arbeiterinteressen und Begründer einer neuen Wirtschaftsform in Empfehlung. Wie es dort aussieht, wo sie allein bestimmen, beweisen die Zustände bei der Konsumgenossenschaft Halle a. d. S.

Die Vertreterversammlung der Konsumgenossenschaft Halle setzt sich zusammen aus 88 linientreuen Kommunisten, 56 Sozialdemokraten und sogenannten Renegaten (orthodoxen Leninisten). Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, daß die KPD. innerhalb der Konsumgenossenschaft Halle allein das Szepter zu führen vermag. Auch wo laut Satzung eine Dreiviertelmajorität bei Beschlüssen notwendig wäre, wird alles mit einfacher Majorität beschlossen. So wurden die bisherigen Geschäftsführer fristlos entlassen, weil sie nicht mehr das Vertrauen der linientreuen KPD. hatten mit dem Erfolg, daß durch Klage vor dem Arbeitsgericht die Konsumgenossenschaft Halle verpflichtet wurde, für beide noch 6 Monate lang das Gehalt zu zahlen. Mit der Entlassung der nicht linientreuen Geschäftsführer hatte die KPD. aber erreicht, was sie wollte. An Stelle der Entlassenen wurden gleich drei neue linientreue Geschäftsführer angestellt, ohne irgendwelche Fähigkeiten für diese Posten, lediglich mit der Gewähr absoluter Befolgung aller KPD.-Beschlüsse.

Die neuen Herren Ertinger, Köhnen und Hertel hatten erst einmal vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß sich die Konsum-

genossenschaft in den Dienst der KPD. stellte. Alle Beschäftigten, die nicht Mitglieder der KPD. oder gar Mitglieder der SPD. waren, galt es zu entlassen. Alle nur denkbaren Mittel wurden angewandt, um die Anhänger unserer Richtung zu Unbefonnenheiten hinzureißen, damit man einen Grund zur fristlosen Entlassung habe. Beifahrer, welche 20 und noch mehr Jahre ihre Pflicht getan hatten, wurden zum Kohlenausladen und anderen schweren Arbeiten herangezogen. Beschwerden, Verhandlungen blieben ohne Erfolg, da die neuen Herren diktierten, ohne auch nur das geringste Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates zu berücksichtigen.

Klagen beim Schiedsgericht des Revisionsverbandes mitteldeutscher Konsumvereine wurden ignoriert, Briefe nicht beantwortet. Wegen Schädigung der Genossenschaftsinteressen wurde daraufhin die Konsumgenossenschaft Halle aus dem Revisionsverband und aus dem Zentralverband deutscher Konsumvereine ausgeschlossen. Alle Waren werden von Privatkapitalisten bezogen, ohne Rücksicht darauf, welche Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Lieferfirmen bestehen.

Das Tollste aber ist, wie die Entlassungen in diesem kommunistischen Musterbetriebe vorgenommen werden. Wie bereits erwähnt, kommen zur Entlassung nur Anhänger der SPD. und Leninisten. In einer Klagesache des Arbeiterrats, vertreten durch

den Gesamt-Verband, wurde im Urteil vom 25. August 1930 — 2 AC. 640/30 4 — gesagt:

„Tatbestand. . . Die Entlassung der Arbeiter ist erfolgt wegen Zugehörigkeit zum Leninbund. Die Entlassung ist eine unbillige Härte, weil Arbeitsmangel nicht vorliegt usw.“

„Entscheidungsgründe. . . Der als Zeuge vernommene Betriebsratsobmann Hamner hat befundet, daß die jetzige Leitung des Konsumvereins mit allen Neugaten, d. h. allen, die nicht der KPD. angehören, aufräumen will. Das hat der jetzige erste Geschäftsführer Erlinger mehrfach öffentlich erklärt, belegt durch ein Blatt des „Roten Konsumproleten“, der Betriebszeitung der KPD. im Allgemeinen Konsumverein Halle vom Juni 1930.“

So sieht die gerichtsnotorisch festgestellte Diktatur des Proletariats gegen das Proletariat durch die KPD. aus.

80 solcher Klagen schweben gegenwärtig noch.

Der Aufsichtsrat ist gereinigt, die Vertreterversammlung darf gegen die linientreue Geschäftsführung nicht auftreten, das linientreue Personal aber muß Ueberstunden leisten bis zum Erbrechen, ohne jede Bezahlung, alles für das sogenannte Proviandamt der Partei. Bei allgemeinen Wahlen müssen die Kraftfahrer, ganz gleich ob sie der KPD. angehören oder nicht, tagelang für die KPD. auf Kosten der Konsumgenossenschaft die Wahltrupps im Lande herumfahren, wenn sie nicht fristlos entlassen werden wollen.

Die Vertreterversammlung hat beschlossen, Rückvergütungen nicht mehr zur Auszahlung zu bringen, sondern diese einem sogenannten Notfonds zuzuschreiben.

Die Belegschaft muß 10 Proz. ihres Lohnes zwangsweise auf das Sparkonto des Konsumvereins einzahlen.

Die neuen Geschäftsführer haben bei Antritt ihrer Stellung als erste Amtshandlung drei neue Personenwagen beschafft.

Der Betriebsratsobmann Hamner fand bei Uebergabe der Kasse einen Scheck des Geschäftsführers Erlinger vom Mai über 2016 Mk. vor.

Die Bezahlung von Rußlanddelegationen eines Aufsichtsratsmitgliedes und eines Geschäftsführers erfolgte trotz der schlechten Finanzlage.

Solche Zustände sind nur in einem kommunistischen, linientreu geleiteten Unternehmen möglich, ein durch Tatsachen bewiesenes Beispiel für die Zwiespältigkeit kommunistischer Theorie und Praxis, wie sie schlimmer leider auf Kosten der beteiligten Konsumgenossenschaftsmitglieder nicht gegeben werden kann.

Das Beispiel sollte schrecken. Was dort auf Konsumgenossenschaftlichem Gebiete geschieht, soll hier unter dem Firmenschild der RGO. auf freigewerkschaftlichem Gebiete ausgetragen werden. Wehren wir uns gegen diese Diktatur des Proletariats gegen das Proletariat!  
K. Oltersdorf.

## Jubiläumskongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes

Die American Federation of Labor (Amerikanischer Gewerkschaftsbund), die auf ihrem diesjährigen Kongreß anfangs Oktober zu Boston das 50jährige Bestehen feierte, ging 1881 aus den gewerkschaftlichen Organisationssplintern hervor, die es damals in Amerika gab. Die 1862 gegründete Knights of Labor (Ritter der Arbeit) hatte sich unfähig erwiesen, dem Gewerkschaftswesen Sinn und Richtung zu geben, und so entstand der Gewerkschaftsbund, dessen Aufgabe es war, eine tiefempfundene Lücke im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter auszufüllen.

Träger des Gewerkschaftsprinzips waren Samuel Gompers und Adolf Strasser. Ersterer ein Zigarrenmacher, holländisch-jüdischer Abstammung, letzterer ein Thüringer, der schon, ehe er in Amerika einwanderte, in Deutschland die Arbeiterbewegung kennenlernte. Auch als er schon in Amerika lebte, stand er mit deutschen Sozialisten der von Karl Marx gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation in Verbindung.

Die diesjährige Tagung der Convention (Kongreß) stand ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise, die auch Amerikas Arbeiterklasse schwere Wunden schlägt. Die Gewerkschaftsbewegung ist in der Defensive. Forderungen zum allgemeinen Lohnabbau schwirren in der Luft umher. Unter Führung von Präsident Hoover suchte man wohl durch bestimmte Maßnahmen den wirtschaftlichen Abrutsch zu bannen, doch kommt man über schädlichere Versuche nicht hinaus. Hoover ist eben Manchestermann vom Scheitel bis zur Sohle, der nichts unternimmt, was die „private Initiative des Unternehmers“ beengen könnte. „Keine staatlichen Eingriffe“ ist das Regierungsprogramm, das auch noch immer vom Vorstand des Bundes unterstützt wird.

Nicht mit Unrecht spricht Herbert Hoover in seinen Reden von der „technologischen Arbeitslosigkeit“, die so viele Arbeiter aus dem Produktionsprozeß stößt. Technische Fortschritte der letzten Jahre haben die Massenproduktion auf eine bisher ungeahnte Weise gesteigert. Neue arbeitersparende Maschinen führten zu massenweiser Kündigung von Arbeitern. Als Gegendruck formulierte die vorjährige Convention die Forderung der staatlichen Altersversicherung, wodurch man wenigstens in einem sehr wichtigen Punkte die Gegnerschaft gegen die soziale Versicherungsgesetzgebung aufgab. Aber zur Forderung der staatlichen Erwerbslosenversicherung konnte sich die diesjährige Convention noch nicht aufschwingen. Ein dahingehender Antrag war von einigen Nationalverbänden eingebracht worden, doch hatte sich die Exekutive des Bundes durch den Mund des Präsidenten Green schon vor Zusammentritt des Kongresses gegen Annahme der Forderung ausgesprochen. „Justice“, das Organ der Damenkonfektionsarbeiter schreibt über die Aussprache:

„Die Reden über das Problem der Erwerbslosenversicherung verfolgte ich mit größtem Interesse. Es herrschte volle Redefreiheit. Jeder konnte solange reden wie er wollte. . . Der Rede des Präsidenten Zaritzky von den Mützenmachern zugunsten der Versicherung wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Es war eine Rede, die viel Beifall auslöste. Ihr Erfolg war jedoch gleich Null. Ich glaube, die Stellung der Delegierten war schon

beschlossene Sache, noch ehe der Kongreß an die Erledigung seines Arbeitspensums ging. Damit will ich nicht sagen, daß Reden in diesem Gremium nutzlos sind. Bleiben auch die hier gehaltenen Reden ohne sichtlichen Erfolg, so sind sie doch ein Mittel zur Aufrüttelung der Massen der Gewerkschafter.“

Nicht ohne gewisse Pikanterie war das Erscheinen Herbert Hoovers, Präsident der USA., als Gast der Convention. Er beehrte die Delegierten mit einer Ansprache. Ueber diese Rede schreibt „Justice“ in ihrer Nummer vom 24. Oktober, nachdem das Blatt mitgeteilt hatte, die Ausführungen seien von den Delegierten ohne besonderen Enthusiasmus aufgenommen worden:

„Die Rede war nur ein kalter und farbloser Erguß. Sie enthielt auch rein gar nichts, was zu Enthusiasmus Veranlassung gab. Haupt-sächlich befaste sich Hoover mit dem Problem der Erwerbslosigkeit. Was aber hatte er eigentlich zu sagen? Was erfuhren die Delegierten aus der Rede? Nichts, oder doch nur das eine, er sei gegen jede Form der staatlichen Erwerbslosenversicherung.“

Der Kongreß, der den Bericht der Exekutive annahm, ging über das Problem der Einführung der staatlichen Erwerbslosenversicherung zur Tagesordnung über. Ueber die von der Exekutive vorgeschlagenen Abwehrmaßnahmen äußert sich „Justice“:

„Der nächste wichtige Punkt der Tagesordnung betraf die Forderung für Einführung der fünfständigen Arbeitszeit. Zu diesem Punkt legte der Resolutionsausschuß dem Kongreß einen Bericht vor, in dem es heißt: „Trotzdem durch die Technisierung in den letzten 5 Jahren 2 Millionen Arbeiter im Produktionsprozeß von Industrie, Eisenbahn, Agrikultur überflüssig wurden, ist die Produktionsmöglichkeit gewaltig gestiegen. Wenn die Technisierung anhält, was anzunehmen ist, werden noch mehr Arbeitskräfte überflüssig werden.“

Wie der Ausschuß mitteilt, gibt es keine statistische Berechnung über die Zahl der Arbeiter, die notwendig wäre zur vollen Befriedigung des In- und Auslandsmarktes. Bestände jedoch solche mit wissenschaftlichen Methoden durchgeführte Berechnung, dann würde sich ergeben, daß bei Anspannung aller Arbeiter nur 150 bis 200 Arbeitstage pro Jahr genügen würden. Schon haben Regierungsstatistiker herausgefunden, daß wenn heute alle Produktionsmittel zur vollen Ausnutzung kämen, in 150 Arbeitstagen mehr produziert werden könnte als noch vor fünf Jahren in 365 Tagen. Es besteht eben ein großes Mißverhältnis zwischen erhöhter Produktionsmöglichkeit einerseits und Absatzmöglichkeit andererseits. Der notwendige Ausgleich soll und muß nach Ansicht des Ausschusses durch bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne kommen. — Der Bericht wurde per Akklamation angenommen.

B. Weingartz.

Sei wahrhaftig! Werbe nicht mit Unwahrheiten. Sage nicht etwas, von dem du genau weißt, daß es unwahr ist. Wahrhaftigkeit ist keine Tugend. Wahrhaftigkeit ist ein Prinzip. Wer gegen sie sündigt, sündigt gegen sich und seine Organisation — gegen die Menschen überhaupt, die er zu Freunden machen soll, wenn er seine Organisation auf- und ausbauen will.



## Die Unpolitische

„Ist Frau Zinschmann zu Hause —?“ fragte der Mann, der geklingelt hatte. Das kleine, runde Kind stand da und steckte die Faust in den Mund. „Aaooobah —“

„Hier hängt sie. Wat jibbs 'n —?“ sagte die Frau des Hauses. Der Mann an der Tür machte eine Art Verbeugung. „Komm' Se man rin“, sagte die Frau. „Es ist woll weein den Jas...!“

„Es ist nicht des Gases wegen“, sagte der Mann und ließ das Hochdeutsch auf der Zunge zergehen. „Ich komme vom Kriegerverein aus — von Vereins wegen, sozusagen. Sie wissen ja, Frau Zinschmann, der Kriegerverein, dem Ihr Mann angehört. Ja. Es ist wegen... Wir haben beschlossen, daß wir eine Umfrage machen,

wie die Frauen unserer alten Kameraden über die Lage denken... Und auch etwaige Beschwerden zu sammeln. In betreffs der politischen Lage. So ist das.“ — „Ja, also, was dich anseht“, sagte Frau Zinschmann und jagte die Kasse von der Kommode. „Mit Polletik befaß ich mir ja nun jahlich. In keiner Weise. So leid es mir tut. Nehm Se Platz.“ — „Unrecht von Ihnen, sehr unrecht von Ihnen, liebste Frau Zinschmann. Die Politik greift auch in das Leben der Frau hinein.“ — „Entschuldigen Sie man, det ich Ihnen unterbrechen due — aber wat hier so anbebrannt riecht, det is man bloß die Milch. Es is Magermilch, aber stinken dut je...! Aber wat wollten Sie sahn —?“ — „Ich meinte: sie greift hinein. Und seit unser ehrwürdiger Präsident Hindenburg an der Spitze dieses Staatswesens steht, ist's besser um uns bestellt.“ — „Na ja“, sagte Frau Zinschmann. „Er ist ja auch man erscht kurze Zeit da. Der ewige Wechsel — des is ja ooch nicht. Wissen Se, da, wo ich frieha reinejemacht habe, bei Hackekleins, Drehta Hackeklein, Se wern velleicht von den Mann jheert ham — da hatten se'n Meechen, mit der wahn se ja nu jahlich zefriedn. Erst jingt ja: Emma hinten und Emma vorn, aber denn wagt doch nicht. Nu ham se doch die Lina jemiet, die, die de da bei Rejstrungsrats jedient hatte. Fuffzehn Jahr wahn se da — keen Mensch im Hause hätte jedacht, det se da ma wechmachen däte. Denn hatte der Olle Pech, er fiel de Treppe runta und wurde pennioniert, da jing se, Knall und Fall jing se bei Hackekleins. Se saachte: wen se bekoachte, sacht se, det wär se janz ejal. Ja, det is nu die Meie. Aber wissen Se: besser kochn dut se ooch nicht.“

„Gewiß sind diese Hausangestellten in ihren Dienstobliegenheiten oft nicht recht zufriedenstellend“, sagte der Mann. „Wenn gleich... immerhin ist unser Außenminister Curtius...“

„Ottol!“ schrie Frau Zinschmann durch das offene Fenster. „Wißte runta von de Schaukel! Der Zimmel sit den janzan Cad nicht wie uff de Schaukel!“ Und, zum Gast gewendet: „Un dabei kann er nich mal richtig schaukeln —! Aba ich habe Ihn untabrochn!“

„Ich wollte sagen: Die Richtlinien unserer äußern Politik passen sich nur schwer den wirtschaftlichen Belangen an. Der Feindbund... Aber da haben wir ja unsere herrliche Reichswehr mit einem doch recht tatkräftigen Minister und einem Manne, der ihm zur Seite steht...“

Zwei brüllende Kinder brachen in das Zimmer ein. „Mutta! Mutta!“ schrie der größere Junge. „Orje haut ma imma! Er sacht, ich soll mir in Mülleima setzen und die Wacht am Rhein blaß! Wir spieln Soldaten. Ich will aba nich in Mülleima sijn. Mutta!“ — „Woso laßt du dirn det jefallen, du oller Dösknochen! Oller Schlappschwanz — do!“ Der Junge zog ein kräftiges Licht

hoch und sagte: „Wo er doch mein Dorjeschta is —“ „Entschuldigen Sie man“, sagte Frau Zinschmann und warf die Töhren wieder heraus. „Son langer Eulatsch und noch so dammlisch. Herrjott —! Wie meinten Sie jochmt?“

„Ja, sehen Sie, Frau Zinschmann, es ist ja vieles faul in dieser — ehimm — Republik. Aber, Gott sei Dank, unser altes preußisches Richtertum, das hält doch noch stand. Das hält stand.“

„Ach, hören Sie mal“, sagte Frau Zinschmann, „wo Sie nu doch vom Daein sind — könn Sie ma da velleicht 'n Rat jehm...? Also, da is doch det Frollein Hausfacke, die vom dritten Stock, newa? Wissen Se, wat die is? Wo wir hier alleene sind, kann ichs

Ihnen ja sahn: also eine janz jeweehnliche, also det is eene, die, wissen Se, wenn da eena kommt und — also so eene is det. Und nu, seit eine zwel, drei Jahre... da tut sie so fein und tritt uff int Haus und hat sich seine Pelze anjeschafft, ich weech nich, wozon. Na, neilich, wie se hier langjemacht kam, da haak se nachjerufn: Ham Se sich man nich so, Sie olle Dohrschneide! Ohm 'n Pelz und 'n Ding uffn Kopp — aber unten die alten Beene kucken doch raus! Sahrin Se mal: is det strafbar —? Nema, det is doch nich strafbar? Wa? Na, wollt 'a meen...!“ —

„Ihr Mann hat doch gar keine Verbindung mehr mit den Sozialdemokraten?“ nahm der Vereinsabgesandte das Gespräch wieder auf. „Diese verdammten Roten...“ — „Na allemal. Nee, Hujo jehd da nich mehr hin, er saacht et lohnt nich. Neilich, in die kleine Kneipe, wo se imma ham ihren Zahlahmt, da ham se zwei mächtig wahau — det wahn sonst anständige Jette. Un watabacht ham se die! A richtig! 'n nächsten Morjen ham se noch uffn Hof jelegn. Der Wirt wollt se nich so uff de Straße rausrahn — bei den Hundewetter... Det is 'n Jemit, is der Mann. Ja, nu wissen Se: 'n nächsten Morjn — da ham

die Beedn doch von janischt jewugt! J! die kam aus'n Mustopp.“ „Ja“, sagte der Mann und iradnete sich mit einem Taschentuch die Stirn. „Die sozialdemokratische Bewegung — das is so eine Sache. Nur gut, daß wir den ehernen Wall der Gutsbesitzer haben! Das Land! Die preußische, die deutsche Erde —!“

„Entschuldigen Sie 'n kleinen Momang!“ sagte Frau Zinschmann. „Jä heer die Kasse wirjn; det Aas hat sich wieda ibafressen. Wissen Se: die frißt, bis se plagt — un denn schreit se oor Hunger! Wißt! Husch, husch! Pusch! Wat sagten Sie doch jleich —?“

„Ja, ich meine: wir wolln zusammenhalten, bis wieder einst bessere Zeiten herankommen, herrliche Zeiten, Frau Zinschmann! Frontgeist wird's schaffen!“

„Na, jewiß doch. Na allemal. Da draußen nach den Kummel mißn Se jahlich nach hinheern — des sind Meßackers ihre, 'ne doller Bande! Stehm Jungs. Aber ich kenn se: jroße Schnauze un nicht dahinter.“

„Nun, Gott befohlen, Frau Zinschmann! Eine schwarz-weißrote Fahne haben Sie doch im Hause“, fragte der Mann, der schon auf der Treppe stand.

„Ja, Hujo hat eene“, sagte Frau Zinschmann. „Sehn Sie sich da draußen vor — det Jelländer is freisch jestrichn, un die alte Farbe kommt imma wieda durch. Die neue doocht nicht — et mühte mal ibajestrichn wern! Und nicht für unjut, Herr Sekretär, nicht für unjut —! Denn jehn Se mal, also mit Polletik — da befaße ich mir nu jahlich —!“

(Kaspar Hauser in „Das Säckeln der Mona Lisa“)

Ernst Rowohlt Verlag, Berlin.)

### Im Westen nichts Neues!

Wir, die vaterländischen Heimkrieger-Verbände, erheben gegen diesen Film flammenden Protest; und unsere national aufgerodeten Herzen und Hände verlangen, daß man die Vorführung augenblicklich unterläßt. Wir bekämpfen mit Energie und Konsequenz jede verderbliche pazifistische Tendenz.

Wir lassen uns den Krieg nicht diffamieren. Wir lassen auf den Krieg nicht das geringste kommen. Wir's Gott, wird morgen schon wieder die Stuarre genommen, und dann lassen wir wieder andre für uns krepiieren. Das sind wir unseren zwei Millionen Toten schuldig. Und tote Männer sind immer geduldig.

Ferner protestieren wir gegen die verlogene Darstellung des Films:

Unsere selbgrauen Eraben dächten auch an Fressen, Saufen und Schlafen.

Aber wie jedermann weiß, ist vom Trinken und Essen im Krieg überhaupt nie die Rede gewesen, und statt zu schlafen, haben wir die ganze Nacht immer nur an unseren Kaiser gedacht.

Wir lebten im Feld als reine Idealisten, und wenn wir töteten, töteten wir als Christen, und wenn wir starben, hatten wir Sonne im Herzen, und wenn wir verwundet waren, hatten wir keine Schmerzen, und wenn wir verkauft waren, machte uns das Vergnügen, und Trommelfeuer konnten wir gar nicht genug auf den Graben und in Gaswolken hatten wir ein Lied auf den Rippen, streigen, und niemals besiel uns das teilsie Zittern in den heroischen Stahlgewittern,

und wenn nicht der Dolchstoß uns umgelegt, dann siegten wir heute noch unentwegt.

So und nicht anders ist es geschehen.

So und nicht anders war es im Feld.

So und nicht anders woken im Film wir es sehen.

Denn die Lüge regiert die Welt. s. Seiffert l. „Uff“

die Beedn doch von janischt jewugt! J! die kam aus'n Mustopp.“ „Ja“, sagte der Mann und iradnete sich mit einem Taschentuch die Stirn. „Die sozialdemokratische Bewegung — das is so eine Sache. Nur gut, daß wir den ehernen Wall der Gutsbesitzer haben! Das Land! Die preußische, die deutsche Erde —!“

### Politik und Wirtschaft

„Und wissen Sie, wer an der ganzen Sache schuld ist? Das werde ich Ihnen sagen: die Beamten sind schuld. Oder glauben Sie vielleicht, die Kaufleute sind schuld?“ — „Nein.“

„Die Beamten sind schuld. Nur die Beamten. Sehen Sie sich einmal diese Verwaltung an — sehen Sie sich das einmal an! Sehen Sie da noch was von Treu und Glauben, von Verantwortung, von Rücksichtnahme...? Es ist reine, als ob wir ihretwegen da sind und die nicht unsretwegen. Oder sind wir vielleicht ihretwegen da?“ — „Nein.“

„Sag ich auch. Die Leute... ich meine... die Leute mühten... man mühte jeden einzelnen... ich meine... verstehen Sie mich... jeden einzelnen... oder glauben Sie vielleicht, da sollte einer 'ne Extrawurst haben?“ — „Nein.“ — „Sehen Sie — das ist mein Programm, und da gehe ich nicht einen Buchstaben von ab. Nicht einen Buchstaben. Bevor wir das nicht durchgeführt haben, was ich Ihnen hier eben kurz skizziert habe, vorher wird es nicht besser. Vorher nicht. Glauben Sie vielleicht, daß es vorher besser wird?“ — „Nein.“ — „Sehen Sie einmal zum Beispiel in meinem Betrieb. Da reden die Angestellten immer so dicke Töne — die sollten erst einmal... ich meine... die sollten einmal erst unsere Verantwortung tragen. Meinen Sie, es ist einfach? Ich habe erst jetzt wieder acht Mann entlassen. Die Kündigung ist glatt durchgeführt; ich kann mir die Arbeit auch nicht aus dem Boden stampfen. Was? Nein, kann ich nicht. Da hab' ich sie eben rausgeschickt.“ — „Ja.“ — „Sie haben gut reden. Natürlich... da waren welche dabei, die waren schon jahrelang bei mir... darauf kann man keine Rücksicht nehmen. Kann man nicht. Kann man heute einfach nicht! Jeder ist sich selbst der Nächste, wie?“ — „Ja.“ — „Das verstehen Sie nicht. Im meine... Jetzt ist da eine faule Sache... der eine war jahrelang in der Buchhalterei, der hat wohl die Steueraufstellungen zu sehen bekommen... also für die Steuer... und da hat er neulich eine Andeutung gemacht...“ — „Ja.“ — „Was wollen Sie damit sagen, Herr? Was wollen Sie damit sagen? Meine Steueraufstellungen sind prima, verstehen Sie mich, primissima, die kann jeder sehen, jeder. Die Steuer kann sie sehen, und ich kann sie sehen, jeder kann sie sehen. Nur eben der Buchhalter — das war nun faul. Wir haben uns aber verständigt: ich habe ihn wieder eingestellt. Trotzdem ich das gar nicht nötig hatte.“ — „Ja.“

„Hören Sie mal — Sie sind aber 'n komischer Mensch! Sie haben aber komische Prinzipien... In der heutigen Zeit? Na, hören Sie mal an! Sie sind doch nicht etwa unter die Bolschewisten gegangen! Sie — — —“ — „Nein.“

„Sie widersprechen sich in einem fort. Dorthin haben Sie ja gesagt...! Ich kann Ihnen nur das eine sagen: Bevor es nicht besser wird, wird es nicht besser — das ist meine Meinung von der Sache! Und schuld sind die Beamten, die können von uns Kaufleuten noch alle Tage lernen, das sage ich Ihnen, und das ist meine Meinung. Denn wissen Sie, was uns fehlt? Uns fehlt eine Verwaltung, die so ehrlich ist wie wir Kaufleute, und eine Wirtschaft, die so organisiert ist wie die gute alte Verwaltung — und dann sollen Sie mal sehen. Ich bin ein friedfertiger Mensch, aber wenn's dann losgeht, da nehme ich die Knarre noch einmal auf den Buckel. Ich bin ja Gott sei Dank schon über das Alter raus... aber ich nehme sie auf den Buckel. Und dann holen wir uns unsere Kolonien wieder! Und da machen wir unsere Geschäfte, und was übrig bleibt, das wird verwaltet, und wissen Sie, wer schuld ist an der ganzen Sache? Die Beamten. Und in diesem Sinne habe ich auch gewählt. Denn ich weiß, was ich will — das wissen wir alle, alle — — —“

„Sag ich auch. Die Leute... ich meine... die Leute mühten... man mühte jeden einzelnen... ich meine... verstehen Sie mich... jeden einzelnen... oder glauben Sie vielleicht, da sollte einer 'ne Extrawurst haben?“ — „Nein.“ — „Sehen Sie — das ist mein Programm, und da gehe ich nicht einen Buchstaben von ab. Nicht einen Buchstaben. Bevor wir das nicht durchgeführt haben, was ich Ihnen hier eben kurz skizziert habe, vorher wird es nicht besser. Vorher nicht. Glauben Sie vielleicht, daß es vorher besser wird?“ — „Nein.“ — „Sehen Sie einmal zum Beispiel in meinem Betrieb. Da reden die Angestellten immer so dicke Töne — die sollten erst einmal... ich meine... die sollten einmal erst unsere Verantwortung tragen. Meinen Sie, es ist einfach? Ich habe erst jetzt wieder acht Mann entlassen. Die Kündigung ist glatt durchgeführt; ich kann mir die Arbeit auch nicht aus dem Boden stampfen. Was? Nein, kann ich nicht. Da hab' ich sie eben rausgeschickt.“ — „Ja.“ — „Sie haben gut reden. Natürlich... da waren welche dabei, die waren schon jahrelang bei mir... darauf kann man keine Rücksicht nehmen. Kann man nicht. Kann man heute einfach nicht! Jeder ist sich selbst der Nächste, wie?“ — „Ja.“ — „Das verstehen Sie nicht. Im meine... Jetzt ist da eine faule Sache... der eine war jahrelang in der Buchhalterei, der hat wohl die Steueraufstellungen zu sehen bekommen... also für die Steuer... und da hat er neulich eine Andeutung gemacht...“ — „Ja.“ — „Was wollen Sie damit sagen, Herr? Was wollen Sie damit sagen? Meine Steueraufstellungen sind prima, verstehen Sie mich, primissima, die kann jeder sehen, jeder. Die Steuer kann sie sehen, und ich kann sie sehen, jeder kann sie sehen. Nur eben der Buchhalter — das war nun faul. Wir haben uns aber verständigt: ich habe ihn wieder eingestellt. Trotzdem ich das gar nicht nötig hatte.“ — „Ja.“

„Hören Sie mal — Sie sind aber 'n komischer Mensch! Sie haben aber komische Prinzipien... In der heutigen Zeit? Na, hören Sie mal an! Sie sind doch nicht etwa unter die Bolschewisten gegangen! Sie — — —“ — „Nein.“

„Sie widersprechen sich in einem fort. Dorthin haben Sie ja gesagt...! Ich kann Ihnen nur das eine sagen: Bevor es nicht besser wird, wird es nicht besser — das ist meine Meinung von der Sache! Und schuld sind die Beamten, die können von uns Kaufleuten noch alle Tage lernen, das sage ich Ihnen, und das ist meine Meinung. Denn wissen Sie, was uns fehlt? Uns fehlt eine Verwaltung, die so ehrlich ist wie wir Kaufleute, und eine Wirtschaft, die so organisiert ist wie die gute alte Verwaltung — und dann sollen Sie mal sehen. Ich bin ein friedfertiger Mensch, aber wenn's dann losgeht, da nehme ich die Knarre noch einmal auf den Buckel. Ich bin ja Gott sei Dank schon über das Alter raus... aber ich nehme sie auf den Buckel. Und dann holen wir uns unsere Kolonien wieder! Und da machen wir unsere Geschäfte, und was übrig bleibt, das wird verwaltet, und wissen Sie, wer schuld ist an der ganzen Sache? Die Beamten. Und in diesem Sinne habe ich auch gewählt. Denn ich weiß, was ich will — das wissen wir alle, alle — — —“

„Sag ich auch. Die Leute... ich meine... die Leute mühten... man mühte jeden einzelnen... ich meine... verstehen Sie mich... jeden einzelnen... oder glauben Sie vielleicht, da sollte einer 'ne Extrawurst haben?“ — „Nein.“ — „Sehen Sie — das ist mein Programm, und da gehe ich nicht einen Buchstaben von ab. Nicht einen Buchstaben. Bevor wir das nicht durchgeführt haben, was ich Ihnen hier eben kurz skizziert habe, vorher wird es nicht besser. Vorher nicht. Glauben Sie vielleicht, daß es vorher besser wird?“ — „Nein.“ — „Sehen Sie einmal zum Beispiel in meinem Betrieb. Da reden die Angestellten immer so dicke Töne — die sollten erst einmal... ich meine... die sollten einmal erst unsere Verantwortung tragen. Meinen Sie, es ist einfach? Ich habe erst jetzt wieder acht Mann entlassen. Die Kündigung ist glatt durchgeführt; ich kann mir die Arbeit auch nicht aus dem Boden stampfen. Was? Nein, kann ich nicht. Da hab' ich sie eben rausgeschickt.“ — „Ja.“ — „Sie haben gut reden. Natürlich... da waren welche dabei, die waren schon jahrelang bei mir... darauf kann man keine Rücksicht nehmen. Kann man nicht. Kann man heute einfach nicht! Jeder ist sich selbst der Nächste, wie?“ — „Ja.“ — „Das verstehen Sie nicht. Im meine... Jetzt ist da eine faule Sache... der eine war jahrelang in der Buchhalterei, der hat wohl die Steueraufstellungen zu sehen bekommen... also für die Steuer... und da hat er neulich eine Andeutung gemacht...“ — „Ja.“ — „Was wollen Sie damit sagen, Herr? Was wollen Sie damit sagen? Meine Steueraufstellungen sind prima, verstehen Sie mich, primissima, die kann jeder sehen, jeder. Die Steuer kann sie sehen, und ich kann sie sehen, jeder kann sie sehen. Nur eben der Buchhalter — das war nun faul. Wir haben uns aber verständigt: ich habe ihn wieder eingestellt. Trotzdem ich das gar nicht nötig hatte.“ — „Ja.“

„Hören Sie mal — Sie sind aber 'n komischer Mensch! Sie haben aber komische Prinzipien... In der heutigen Zeit? Na, hören Sie mal an! Sie sind doch nicht etwa unter die Bolschewisten gegangen! Sie — — —“ — „Nein.“

„Sie widersprechen sich in einem fort. Dorthin haben Sie ja gesagt...! Ich kann Ihnen nur das eine sagen: Bevor es nicht besser wird, wird es nicht besser — das ist meine Meinung von der Sache! Und schuld sind die Beamten, die können von uns Kaufleuten noch alle Tage lernen, das sage ich Ihnen, und das ist meine Meinung. Denn wissen Sie, was uns fehlt? Uns fehlt eine Verwaltung, die so ehrlich ist wie wir Kaufleute, und eine Wirtschaft, die so organisiert ist wie die gute alte Verwaltung — und dann sollen Sie mal sehen. Ich bin ein friedfertiger Mensch, aber wenn's dann losgeht, da nehme ich die Knarre noch einmal auf den Buckel. Ich bin ja Gott sei Dank schon über das Alter raus... aber ich nehme sie auf den Buckel. Und dann holen wir uns unsere Kolonien wieder! Und da machen wir unsere Geschäfte, und was übrig bleibt, das wird verwaltet, und wissen Sie, wer schuld ist an der ganzen Sache? Die Beamten. Und in diesem Sinne habe ich auch gewählt. Denn ich weiß, was ich will — das wissen wir alle, alle — — —“

„Sag ich auch. Die Leute... ich meine... die Leute mühten... man mühte jeden einzelnen... ich meine... verstehen Sie mich... jeden einzelnen... oder glauben Sie vielleicht, da sollte einer 'ne Extrawurst haben?“ — „Nein.“ — „Sehen Sie — das ist mein Programm, und da gehe ich nicht einen Buchstaben von ab. Nicht einen Buchstaben. Bevor wir das nicht durchgeführt haben, was ich Ihnen hier eben kurz skizziert habe, vorher wird es nicht besser. Vorher nicht. Glauben Sie vielleicht, daß es vorher besser wird?“ — „Nein.“ — „Sehen Sie einmal zum Beispiel in meinem Betrieb. Da reden die Angestellten immer so dicke Töne — die sollten erst einmal... ich meine... die sollten einmal erst unsere Verantwortung tragen. Meinen Sie, es ist einfach? Ich habe erst jetzt wieder acht Mann entlassen. Die Kündigung ist glatt durchgeführt; ich kann mir die Arbeit auch nicht aus dem Boden stampfen. Was? Nein, kann ich nicht. Da hab' ich sie eben rausgeschickt.“ — „Ja.“ — „Sie haben gut reden. Natürlich... da waren welche dabei, die waren schon jahrelang bei mir... darauf kann man keine Rücksicht nehmen. Kann man nicht. Kann man heute einfach nicht! Jeder ist sich selbst der Nächste, wie?“ — „Ja.“ — „Das verstehen Sie nicht. Im meine... Jetzt ist da eine faule Sache... der eine war jahrelang in der Buchhalterei, der hat wohl die Steueraufstellungen zu sehen bekommen... also für die Steuer... und da hat er neulich eine Andeutung gemacht...“ — „Ja.“ — „Was wollen Sie damit sagen, Herr? Was wollen Sie damit sagen? Meine Steueraufstellungen sind prima, verstehen Sie mich, primissima, die kann jeder sehen, jeder. Die Steuer kann sie sehen, und ich kann sie sehen, jeder kann sie sehen. Nur eben der Buchhalter — das war nun faul. Wir haben uns aber verständigt: ich habe ihn wieder eingestellt. Trotzdem ich das gar nicht nötig hatte.“ — „Ja.“

### Hakenkreuz-Delirium

Manchmal bekommt man Zeitungen in die Hand, richtiggehende politisch sein wollende Zeitungen, die eigentlich ernst genommen werden möchten, aber bei deren Lektüre man in Lachkrämpfe ausbricht. An erster Stelle steht dabei der „Dölkische Beobachter“. Zum rührendsten und vergnüglichsten Lesestoff gehört ohne Zweifel der Anzeigenteil des „Dölkischen Beobachter“. Da bleibt kein Auge trocken. Da liest man zum Beispiel:

Verdienter Kaufmann sucht auf schnellstem Wege 800 Mk. gegen Möbelsicherheit für einige Monate, da der Jude alles holen will. Zuschr. u. 21 219 an d. „D. B.“

Das ist wirklich ein schöner Witz, den sich der Mann geleistet hat. Solch ein Schächer. Erst pumpt er von dem Juden Geld oder Ware, und zum Dank dafür, weil der „Jude“ sein Recht fordert, macht er ihn madig. — Und nun bitte das nächste Inserat: Nationalsozialistische Spielwaren! „Parlamentarismus“, das lustige nationalsozialistische Unterhaltungsspiel, 1,90 Mk., Bleisoldaten in „S.-A.“-Uniform, 12er Schachtel 2,30 Mk., 24er Schachtel mit Musikzug, in neuer verstärkter Ausführung, 4 Mk.; nationalsozialistische Segelschiffchen mit Hakenkreuzsegel (30 Zentimeter hoch) 1,90 Mk. — Jetzt ist es nun endlich heraus, weshalb sich die Nazis in den Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenitzungen wie die kleinen Kinder benehmen. „Jung gewohnt, alt getan.“ Wie sich die Nazis in den Parlamenten räufpern und spucken, das hat der Spielwarenfabrikant ihnen glücklich abgeduckt. Deshalb wird es auch an Lustigkeit nicht übertroffen werden können. — Drittens: Ein tüchtiger Blechwarenfabrikant weiß, was das nationalsozialistische Gemüt zu Weihnachten braucht. Deswegen gibt er im „D. B.“ folgendes Inserat auf: Hakenkreuz- und Runen-Ausstechformen für Weihnachtsbäckereien, 5 verschiedene gegen Nachnahme 1,45 Mk., 5 verschiedene gegen Vorauszahlung 1,25 Mk. Ortsgruppen und Händler Rabatt. Bei Wotan! herrlich muß der „Christbaum“ glänzen, der voll



Weg mit der bürgerlichen Presse  
Lies deine „Gewerkschaft“ und die sozialistische Tageszeitung!

Hakenkreuzen hängt. Und unter den „Christbaum“ legen sich Hakenkreuzler dann:

Hakenkreuzschmuck, wie goldene und silberne Ringe, Halsketten, Uhranhänger, Manschettenknöpfe usw., auf jedem Stück das Hakenkreuz.

Zu den gut geratenen Stollen in Hakenkreuzform — versteht sich — trinkt der stramme Nazi dann nur seinen Hakenkreuzkaffee, denn:

Achtung! Die vielen Parteigenossen, welche sich für den Vertrieb meines „Nationalsozialistischen Flaggenkaffees“ (gesetzlich geschützt) interessieren, müssen Originalreferenzen ihrer Ortsgruppenführer beifügen. F. Christian, Kaffeeimport, Frankfurt a. M.

Daß dieser gesetzlich geschützte Nazikaffee für Juden verboten ist, versteht sich am Rande.

So folgt denn im „D. B.“ ein Inserat dem anderen und ein Hakenkreuzangebot ist „schöner“ als das andere. Die Leute müssen unbedingt am Hakenkreuz-Delirium leiden. Ueber Delirium aber meldet der „Brockhaus“: „Delirium (lat.), Irreden (Delirien) infolge krankhafter geistiger Vorstellungen. Behandlung: Kalte Umschläge auf Kopf, kalte Klittiere, kühlende und beruhigende Mittel. Delirium tremens, Säuferwahn Sinn, mit Gliederzittern, Verfolgungswahn Sinn usw. infolge übermäßigen Gewohnheitsgenusses alkoholischer Getränke.“

Die eine oder andere Krankheit muß unbedingt den Nazis fehlen. Deshalb: Her mit den kalten Umschlägen auf den Kopf und kalten Klittieren. Eis auf- und in den Bauch! Dann wird euch „wohler“, ihr „herrlichen“ Leute vom Dritten Reich. K o f r a.



## Die Abfuhr der Sittlichkeit

Die Sittlichkeit hat eine Abfuhr bekommen. Diesmal aber nicht von windigen Literaten, nicht von entarteter Nachkriegsjugend, sondern von einer Instanz, bei deren Nennung wir gut erzogenen Untertanen alle insgeheim die Hände an die Hosennaht oder, in Ermangelung einer solchen, an die Pelzjacke legen: vom Reichsgericht.

Das kam so. In einem Hotel zu Kassel nahm eine junge und reizvolle englische Miß ein Zimmer. Diese Dame, Gattin eines Londoner Kaufmanns, hatte vermutlich sehr hübsche Beine und trug entsprechend kurze Röcke. Der Geschäftsführer des Hotels aber sah den kurzen Rock, ging mit sich zu Rate und beschloß, eine moralische Anwendung zu bekommen. Er räusperte sich also Mut an, schritt auf die Dame zu und sagte bleich und fest: Miß, Ihr Rock ist für mein Gefühl und meine Moral zu kurz, ziehen Sie bitte einen längeren an! Stolz und postwendend erwiderte die Miß: Ich denke gar nicht daran! Wenn Sie meinen Rock zu kurz finden, so besagt das nur etwas gegen Ihre Moral, aber nichts gegen meinen Rock. Ich kann tragen, was ich will, und im übrigen können Sie mich und so weiter und so weiter. — Dies war nicht der Wortlaut, aber doch der Sinn des Dialogs. Der Knalleffekt: die unbeugsame Sittlichkeit in Gestalt des Geschäftsführers fordert die Miß zum Verlassen des Hauses auf. Vorhang. Schluß des ersten Aktes. — Zweiter Akt. Die Szene wird zum Tribunal. Der Gatte der Miß klagt auf Schadenersatz. Das Amtsgericht verurteilt das Hotel zur Zahlung der geforderten Summe. Erste Abfuhr der Sittlichkeit. Schluß des zweiten Aktes. — Dritter Akt. Statt des Amtsgerichts die nächsthöhere Instanz, das Landgericht. Sonst derselbe Verlauf. Zweite Abfuhr der Sittlichkeit. Schluß des dritten Aktes. — Vierter Akt. Die Sache wird ernst: Reichsgericht! Was künden die Männer in den roten Roben? Der kurze Rock, so sagen sie, ist keine Erfindung jener Miß, sondern eine Modeerscheinung, mit der man sich abzufinden habe. Das Hotel muß zahlen! — „Aber die Mode fordert doch gerade den langen Rock“, rief der verzweifelte Geschäftsführer, der schon den Glauben an die Welt und das Reichsgericht zu verlieren begann.

„Das kann wohl sein“, sagte das Reichsgericht, „aber eben das beweist nur, was Sie widerlegen wollten: die Länge eines Rockes ist eine Modeangelegenheit, aber keine Angelegenheit der Moral. Sie müssen also zahlen, Herr Geschäftsführer!“

Falls noch ein fünfter Akt in dieser Tragödie von der Abfuhr der Sittlichkeit möglich wäre, so könnte er nur darin bestehen, daß der Geschäftsführer sich ins Schwert stürzt und seinen Geist, soweit der kleine Vorrat reicht, aufgibt.

Auf diese Weise wurde die Sittlichkeit aufs Haupt geschlagen. Dem Reichsgericht. Dieses nahm einen sozusagen freizeithlichen Anlauf und dekretierte vor aller Welt: einmal müssen wir Schluß machen mit dem ewigen Gemecker über Unmoral, einmal wird es jedem zu dumm. Wenn der Hotelmann sich als Richter aufspielt, wo ihn niemand zum Richter bestellt hat, soll er ruhig zahlen für dieses Vergnügen. Es erging ihm also nicht anders als jenen Arbeitgebern vor zwei, drei Jahren, die fristlos ihre Angestellten entließen, weil diese sich einen Bubikopf hatten schneiden lassen. Auch hier sagten die Arbeitsgerichte jedesmal: soweit geht der Spaß nicht, dieser Kampf für die Sittlichkeit ist doch etwas zu stürmisch. Und so gedieh der Bubikopf, ohne daß die Sittlichkeit deshalb zu Schaden gekommen wäre.

Bald wird es soweit sein, daß sie nicht mehr den Bubikopf, sondern auf einmal die langen Zöpfe unfittlich finden. Und dann wird man ihnen durch eine Unzahl von Gerichtsentscheidungen klarmachen müssen, daß auch der lange Zopf an sich und genau genommen noch nichts Unfittliches ist.

W. R.

## Ein tüchtiger Polizeihund

Dem Kaufmann Babkin hatte man einen Schuppenpelz entwendet. Der Verlust ging ihm nahe. Er jammerte sehr.

„Der Pelz, Mitbürger, war ein Prachtstück“, sagte er, „aber ich werde mein Geld nicht schonen, den Dieb schon finden und ihm ins Gesicht spucken.“

Er ließ den Spürhund von der Kriminalpolizei kommen. Ein Polizist in Käppi und Wickelgamaschen brachte das Vieh; einen spitznauzigen, unsympathischen braunen Köter.

Der Polizeimann duckte seinen Gehilfen an der Haustür mit der Nase auf den Boden, um ihn die Spur aufnehmen zu lassen, sagte „Pst!“ und trat zurück. Der Hund witterte, ließ seine Augen über die Menge schweifen (natürlich war Volk zusammengelaufen) und wandte sich plötzlich der Bäuerin Fjökla zu, die in Nummer 5



„Meine Herren, wir brauchen einen einzigen starken Mann der mit fester Hand das Staatsschiff so steuert, wie wir es ihm vorschreiben.“

wohnte, ging an sie heran, beschnupperte den Saum ihres Kleides. Das Weib flüchtete in den Volkshaufen, der Hund folgte ihr; sie rückt aus, der Hund setzt ihr nach, faßt sie am Rock und läßt sie nicht los. — Da wirft sich die Bäuerin dem Polizisten zu Füßen. — „Ja“, ruft sie, „er hat mich erwischt. Ich leugne nicht. Fünf Eimer Maische\*) sind im Bottich. Es ist wirklich wahr. Alles steht in der Badestube. Führt mich zur Wache!“ — Das Volk wundert sich. „Und der Pelz?“ fragt es. — „Dem Pelz weiß ich nichts und kann ich nichts aussagen. Aber das übrige ist wahr. Führt mich ab und richtet mich!“ — Das Weib wurde abgeführt. Wieder nahm der Polizist seinen Hund, drückte ihn mit der Nase auf die Spuren, sagte „Pst!“ und trat zurück. — Der Hund sah sich um, zog Luft in die Nase und lief dann auf den Ortsamtmann zu. Der Amtmann erblickte und fiel auf den Rücken. — „Bindet mich gute Leute, ihr rechtschaffenen Bürger“, rief er, ich habe alles Geld, das ich für die Wasserleitung einzog, verjubelt.“ — Natürlich warfen sich die Ortseinwohner auf den Amtmann und banden ihn. Unterdes lief der Hund auf einen Bürger aus Nummer 7 zu und gerte an seinen Hofen. — Der Bürger erblaßte, fiel vor dem Volk zur Erde. — „Ich bin schuldig“, sagte er, „ich habe in meinem Arbeitsbuch das Geburtsjahr gefälscht. Ich mußte nach dem Lose in die Armee eintreten.“

Das Volk stußt. Was ist das, denkt es, für ein erstaunlicher Hund. Der Kaufmann Babkin blinzelt mit den Augen, sieht sich im Kreise um, nimmt Geld aus der Tasche und gibt es dem Polizisten.

„Führe deinen Hund“, sagte er, „zu der übrigen Hundebande. Ich verzichte auf den Schuppenpelz. Mag ihn der Henker holen!“

Doch der Hund ist schon zur Stelle, steht vor dem Kaufmann und wedelt mit dem Schwanz. Babkin gerät in Verwirrung, tritt weg, der Hund läuft ihm nach, geht an ihn heran und beschnüffelt seine Gamaschen.

Der Kaufmann erblaßt und beginnt zu stottern. „Aun“, sagt er. „Es ist nicht anders — ich bin ein Schweinehund, Brüder. Auch der Pelz gehört mir nicht. Ich habe ihn selber gestohlen.“

Das Volk sprühte nach allen Seiten auseinander. Aber der Hund haschte nach zwei, drei Uebelthätern, die ihm gerade in den Weg liefen. Diese gestanden. Der eine hatte Staatsgelder verspielt, der andere seine Frau mit dem Biqeleisen bearbeitet, der dritte etwas gesagt, was sich nicht wiedergeben läßt.

Der Hof war leer geworden, nur der Hund und sein Führer waren zurückgeblieben. Da lief der Hund auf den Führer zu, und wedelte mit dem Schwanz.

Der Polizist erblickte und fiel vor dem Hund nieder. „Beißen Sie mich, Bürger“, sagte er zitternd. „Don drei Usherwonzen, die ich zu Ihrer Fütterung empfangen habe, ich immer zwei für mich verbraucht.“ M S o j d i c h e n k o.

\*) Das Schnapsbrennen ist in Rußland verboten.

## Der Löw' ist los -!

Am 6. Juli 1930 beschloß der Löwe Franz Wüstenkönig aus dem großen Raubtierhaus des Berliner Zoologischen Gartens, fürder nicht mehr mitzumachen. Er brach aus.

Das machte er so, daß er, gelegentlich der Reinigung seines Käfigs durch den Oberwärter Pfeleiderer in den Nebenkäfig geschleucht, das Schließen der Verbindungstür durch Dazwischenklemmen seines Schweifendes geschickt verhinderte, die Reinigung abwartete, sich dann mit Gebrüll Nr. 3 auf den ahnungslosen Pfeleiderer stürzte, diesen über den Haufen rannte und durch die offenstehende Käfigtür das Weiße suchte und fand. Der Löw' ist los!

Dieser Schreckensruf verbreitete sich, einem Lauffeuer gleich, in den Wandelgängen unseres geliebten Zoologischen Gartens. Die Aufregung der Besucher war unbeschreiblich. Viele ließen in der Eile ihr Bier stehen, ohne zu zahlen — und noch lange nach diesen Ereignissen sah man an den Restaurants des Zoo die Kette der ehrlichen Berliner anstehen, die ihre schuldbeladene Tasche begleichen wollten. Kinderwagen fielen um und ergossen ihren schreienden Inhalt auf die Wege, ältere Damen, die sonst nur mühsam einher-schlurften, liefen plötzlich, daß es eine Freude war — die Eiser-allee war wie leergefegt, und nur ängstliche Kellner saßen hoch oben in den Zweigen der Bäume, und ihre schwarzen Fräcke hingen hernieder wie die Schwänze fremdartiger Zauberovgel. Der Löw' ist los —!

Hastig stürzten die aufgeschreckten Menschen auf die Straßen und ohrenbetäubend verkündete auch dort ihr Geschrei: „Der Löw' ist los! Und seinen Apostroph hat er auch mitgenommen —!“

Die Wirkung war furchtbar.

Wüstenkönig war noch damit beschäftigt, gedankenvoll und langsam in der leeren Waldschänke die dort aufgehängten kleinen Würstchen zu verzehren — da standen draußen schon ganze Straßenzüge auf dem Kopf. Die gewöhnlichen Leute stürzten, haste was kannste, über Rinnsteine, Hunde, Babys, Aktentaschen und dicke Damen, die nicht weiter konnten. Die minder gut gestellten Schichten der Bevölkerung machten sich die Situation rasch zunutze — sie kauften die an die Bord-schwellen gepülten Strand-güter der Fliehenden à la baisse und eröffneten damit an den Ecken einen schwunghaften Handel. Die oberen Schichten hingegen bewahrten auch hier ihre überlegene Ruhe, sobald sie erst einmal im Auto saßen — umständig und ernst sorgten sie dafür, daß sich keiner an die Wagen hängte. Die Taxibesitzer schlugen augen-blicks um das Achtzehnfache auf — zum erstenmal in Berlin, ohne den Polizeipräsidenten um Erlaubnis zu fragen. Es war ein Höllenlärm. In der Mitte stand, starr und stolz, ein Polizeiwachtmesser, turnte ägyptisch und regelte den Verkehr, und der Verkehr blieb stehen und sah zu, wie er geregelt wurde, und war sehr stolz. Es ging zu wie in einer getauften Judenschule.

Der Löwe Wüstenkönig war inzwischen mit den Würstchen fertig geworden. Er brüllte nach dem Kellner — keiner kam. Unwillig mit dem Schweif den kleinen Alltagsreif schlagend, begab sich Wüstenkönig ins Freie. Das majestätische Tier schritt würdevoll dem Ausgang nach dem Kurfürstendamm zu.

Berlin war aufgestört wie ein Ameisenhaufen. Alle Telephone klingelten mit einem Male schrill auf — aber es meldeten sich nur die falschen Verbindungen. Die einzigen, die den Kopf nicht verloren, waren die Damen vom Amt, sie verrichteten köstlich ihren Dienst in gewohnter Weise weiter, und so bekam niemand Anschluß. In den Redaktionen der großen Zeitungen drängten sich die Reporter. „Wie soll das jetzt noch in die Abendausgabe?“ jammerte Redakteur Ausgerechnet. „Konnte dieser verdammte Löwe nicht eine halbe Stunde früher ausbrechen?“ — „Dann machen wir eben eine Extraausgabe!“ hallte es durch das Haus. Und die Seker klapperten mit den Winkelhaken und die schweren Rotationspressen setzten sich rasch in Bewegung...

Die Börse nahm die Nachricht vom Ausbruch des Löwen verhältnismäßig gefaßt auf. (Haben Sie schon einmal eine Nachricht gesehen, die die Börse nicht gefaßt aufgenommen hätte?) Montanwerte fester, Gerste leicht angezogen, Brauereien flau, Jakob Goldschmidt immer oben auf, Herbert Guttmann repariert, Häute fest.

Im Reichwehrministerium taute gerade eine Unterkommission des Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung seiner eigenen Unentbehrlichkeit, als die Schreckensnachricht eintraf. Das Frühstück, Vernehmung, die Sitzung wurde sofort abgebrochen. Zwei Generalstabsoffiziere arbeiteten hopp-hopp mit ihren Referenten einen Feldzugsplan für die Bekämpfung des Löwen aus und forderten

dazu an: 2 Armeekorps, 1 Pressestelle, 24 außeretatmäßige Stabs-offizierstellen, 1 Stück Kanone, 1 Landpanzerkreuzer.

Der Löwe Wüstenkönig schritt inzwischen, immer majestätisch, wie es ihn seine liebe Mutter gelehrt hatte, durch die Kurfürstenstraße zum Lützowplatz. Menschenleer lagen Straßen und Plätze. Da stand ein großes Löwendenkmal, Mißmutig schnupperte der Löwe. Dann hob er — da rührte sich etwas. Was war das? Nichts. Der Löwe ließ seinen Gefühlen freien Lauf.

Ging und lief dann in langen Sägen die Lützowstraße entlang durch die Potsdamer Straße und stürmte vor ein großes Warenhaus.

Er war Gourmand, der Löwe Franz Wüstenkönig. Er wollte so eine nette, kleine, pruzlige Verkäuferin zum Frühstück essen — so eine frische, junge... Herrgottnichthochmal! Das Wasser lief ihm in Appetitschnüren zum Maul heraus und hing in langen Fäden an seinem Bart... Schnurrend legte er sich und wartete.

Die Behörden hatten inzwischen fieberhaft gearbeitet. In aller Eile, so gut das eben in der Geschwindigkeit ging, hatte man eine Reichslöwenabwehrabteilung mit einem Sonderresort für bayerische Löwen begründet, und es handelte sich nur noch darum, ob die Abteilung das ganze Rathaus oder das Hotel Adlon beziehen sollte —

Die Deutsche Volkspartei war wie stets auf dem Posten. Schon nach einer halben Stunde klebten an allen Säulen und Bäumen knallblaue Plakate:

„Mitbürger! Der Löw' ist los! Wer ist daran schuld? Die Juden! Wählt die Deutsche Volkspartei!“

Das Leben in der Stadt war völlig umgekrempelt. Niemand wagte sich mehr aus dem Hause. Aus allen Stadtteilen wurden Löwen gemeldet — im ganzen zweiundsechzig. Acht große Hunde wurden erschossen, erst an den Hundemarken erkannte man den kleinen Irrtum. Bei Königs ließ die Köchin Babett das Tee-service mit dem gesamten Gedeck fallen, weil ihr der junge Herr von hinten einen Kuß aufgedrückt hatte. Mit dem Ausruf: „Jessas! der Löwe!“ brach das brave Mädchen zusammen.

Die Berliner Theaterdirektoren Bindelbands suchten verzweifelt den Löwen. Sie wollten ihn für den Shawischen „Androklus“ engagieren. Sie fuhren von Straße zu Straße — kein Löwe. Feuerwehrautos klingelten durch die Gegend — kein Löwe. Der Löwe war fortgeflogen.

Der Löwe war gar nicht fort. Er war, des Wartens müde, aufgestanden, schlenderte nun durch die Straßen, erblickte einen Wagen mit Kirschen und warf ihn, durch den hohen Preis erschreckt, um — und dann war er weiter und weiter gegangen.

Also das war Berlin! Dieser traurige Haufe von Steinkästen und schnurgeraden Straßen, die alle ein bißchen unsauber aussahen — das war das Weltdorf Berlin! Der Löwe schüttelte das Haupt. Da hatten ihm die Spagen im Käfig wer weiß was erzählt — und wenn abends vor der Fütterung aus dem Raubtierhaus, ja, aus dem ganzen Zoo ein Schrei aufstieg: „Smoboda!“ (Russisch ist nämlich das Dolapük der Tiere, und dies heißt sovjet wie Freiheit!) — dann meinten alle, die ja zum großen Teil ihre natürliche Heimat nie gesehen hatten, gar nicht Afrika oder die Korbilleren oder Indien — der Schrei hieß: Berlin! — Einmal auf der Rutschbahn im Lunapark fahren, war die Sehnsucht der Krokodile; einmal zum Rennen nach Ruhleben, danach krachten die Kasacier, einmal sich in der Bar wälzen können, träumten die wilden Schweine Abend für Abend. Und das hier war Berlin? Das war es? Wüstenkönig schüttelte nochmals das Haupt.

Und da rückte es heran. Die Feuerwehr von der einen Seite und die Gebirgsmarine der Reichswehr von der anderen, Knooperateure und Leute, die bei allen Premieren dabei sein müssen, Journalisten, Damen der ersten besten Gesellschaft und die Bindelbands... Da rückte es heran.

Und das Erstaunliche geschah, daß sich der Löwe Franz Wüstenkönig, der Beherrscher der Tiere, die Majestät der Fauna usw., ruhig abführen ließ — in seinen Käfig zurück, in das große Raubtierhaus des Zoologischen Gartens.

Und als die Tür hinter ihm zugeklappt war und ihn der Oberwärter Pfeleiderer vorwurfsvoll anerschneippte hatte, und als sich der ganze Schwarm verlaufen, da senkte der enttäuschte Löwe den Schweif, den er bis dahin glorios nach oben getragen hatte, strackte sich still der Länge nach hin und sagte mit Wärme und Ueberzeugung: „Ne wieder —!“

KURZ UND KLIPPIG: „Das Lächeln der Mona Lisa.“



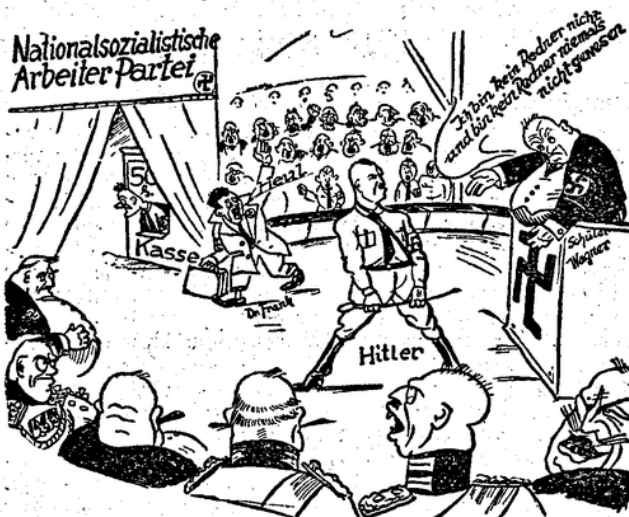
## STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

### Vom Münchner Hakenkreuz-Zirkus

Früra do hot si oit und jung in München gfreit, wenn da Zirkus Krone, Schumann oder da Sarraffanni kema is. Olles hot von de schneidigen Reiter und der großartigen Wasserpantomime, von de lustigen Clown und von den wunderbar dressierten Dicha grebt und damit a jeda neigeh hot kenna, hots ollawei billige Volkstäg gem, wo ma sie um a Fuchzgerl olles hot oschaun kenna. Heit is des ganz anders.

De wuiden Dicher san iaht die Hakenkreuzler und eana Oberdresseur des is da Hitler. Wenn der rejkimmt in Zirkus und haut mit seina Reitpeitschn an de Lederamaschn hi, dann bruinnis agrat sowia früarer die Löwn und de Tiger. Aber allawei hot er selber net Zeit, daß er die Dorstellunga hoit, weil er öfter bei de jüdischn Bankje in Hamburg und sunst wo zur Vernichtung des Kapitalismus an eanane Festessen teilnehma muas. Bei dera Glegnheit schaut er a glei ollawei, daß a wieda a Geld kriagt, damit er die Berliner SA.-Zeit, die wo sein Freund da Gebi gegn eam aufheht, wieda aufbessern ko, denn mit der Reitpeitschn is do nix zmacha. Aber deswegn kon ma in München net ollawei die Dorstellunga ausfoin lassn und drum kommt hi und do a andera Dompteur. Desmoi war da Frank do, der wo a Doktor is, a ächter Arier hams glagt! Der is a ganz a gloana, schwarzhorada mit ara wene a krumma Nojn, recht lebhaftige Augn und wuide Gebärden. Mei Lehra in da Schui, der hot uns ollawei glagt, daß die Arier von hochtragendem Wuchs san, blonde Lockn und treimerisch blaue Augn ham, aber der werd hoit von da Rassngschicht nix vstantn hobn. Trohdem glab i, daß der Fränkl, so soi er nämli früra ghoagn hobn, net ganz koscha is.

Er hät über de Notverordnung redn sojn, aber des hot eam scheinbar net paßt oder er hat nix gwußt davo, und damit die Zeit, die wo do warn, net ganz umfunst des Fuchzgerl Eintritt zoit ham,



hot er eana glagt, was er für a Lackl im Rechtsauschuß vom Reichstog gewesn is. Dann hot er von de schwarzjn und von de roten Bolschewisten grebt und mit a asiatischen Wahrsogerblick glagt, daß ma den Nama Zentrum hoid bloß mehr im Lexiko findn werd, und wenn amoi de Kinda noch da bayrischn Doikspartei frogn, dann werd de Muata sogn, je des war amoi.

Von de roten Gewerkschaftn do hot a nix sogn mögn, weil se de mit wirtschaftliche und sozialpolitische Frogn beschäftign und des geht die Nazi-Sozi, weils a Arbeiterpartei, wo die Kapitalisten und de Grafn und die Prinzjn dabei san, nix o. Oberhaubts hots eam recht prestiert, weil er no den Nachtzug, der wo noch Berlin geht, dawischn hot müassn, damit er a dabei sei ko, hot er glagt, wenn de 180 000, die wo morgen im Osten von Berlin demonstrieren, weis im Westn nix neis gibt. Dann hot a gschrian — heul — und hot si druckt.

Und wei der Preiß nix von de bayrischn Belange glagt hot, drum is nacher no a bodnständiger Naziführer aufs Podium aufsi, der grad so wie da Hitler „Adolf“ hoagt, aber schreibn tuat er sie Wagner, der hot glagt, „i bin kein Redner nicht und bin kein Redner niemals nicht gewesen“, aba er is a Mo ausm Volk und woas wo an Arbeit der Schuach druckt, namentle kennt er die

windige Arbat von de Bergleit, weil er nämli Bergwerksdirekta is und wois a, daß ma bei dene Arbeiter scho no an Lohn kirzn und de Arbeitszeit verlängern ko.

Mit an „Es lebe hoch das Dritte Reich“ wurde die Dorstellung gschlossen und die mehran Arbeiter san dann mit enane Zugauto, die wo sie ollawei masshaft vorm Zirkus steh ham, hoimgfarn. Eier heul.

### Brauchen wir eine RGO.?

Als langjähriges Mitglied der freien Gewerkschaften und Funktionär unseres Verbandes sehe ich mich veranlaßt, über eine Frage einiges zu sagen, die mich innerlich aufs tiefste bewegt.

Unter dem Namen „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ (RGO.) versuchen jetzt die Kommunisten, auch die freie Gewerkschaftsbewegung zu spalten. In einer Zeit, da die Einigkeit der Arbeiter notwendiger wäre denn jemals, agitieren sie für ihren eigenen, neuen Gewerkschaftsladen. In ihren Zeitungen, bei den Diskussionen in den Versammlungen und im Betriebe beschimpfen sie unsere freien Gewerkschaften in einer Weise, die schon dem Tone nach jeden anständigen Menschen anekeln muß. Ein altes Sprichwort sagt: „Wer schimpft, hat unrecht!“ Hat nicht erst das Unrecht der politischen Parteispaltung dazu beigetragen, daß wir als Arbeiterschaft vor der Gefahr des Nazi-Faschismus stehen und die Unternehmer übermütiger sind denn je? Was kann der Unorganisierte, der seine Beiträge sparen will, besseres tun, als sich auf die RGO. und „Rote Fahne“ berufen, wenn wir ihn auf-fordern, der freien Gewerkschaft, unserm Verbands, beizutreten? In der Vorkriegszeit nannten wir diejenigen Leute unter uns, die die freie Gewerkschaftsbewegung so beschimpften, wie es heute die RGO. beliebt, „Gelbe“, und betrachteten sie als unsere Feinde. Wir verachteten sie, wenn sie ihr Verbandsbuch und ihr Wahlvereinsbuch nicht vorzeigen konnten als Leute, die keine „reine Wäsche“ haben. Heute ist es dahin gekommen, daß jeder Unorganisierte seine Beitragscheu hinter scheinrevolutionären Phrasen und Beschimpfungen auf die freien Gewerkschaften ver-stecken kann.

Glaubt die RGO., daß alle jene, die sich zu drücken verstanden, wenn es galt, an die freien Gewerkschaften Beiträge zu zahlen, nun auf einmal in Scharen zur RGO. laufen werden, weil sie plötzlich so beitragsfreudig geworden sind und von der RGO. alles heil erwarten?

Ich frage meinen Kollegen im Betriebe, der für die RGO. so viel Reklame macht, immer wieder, was hat die RGO., was hat die KPD. denn schon tatsächlich mehr geleistet als die freien Gewerkschaften? Phrasen dreschen, im Reichstog, im Landtag, im Stadt-parlament, auf Kongressen und in Versammlungen Agitationsanträge stellen, das Blaue vom Himmel fordern, trohdem man ganz genau weiß, daß das Geforderte nicht erreicht werden kann, mit dieser Art kann man vielleicht eine Zeitlang Neulinge und gewerkschaftlich ungeschulte Mitläufer dumm machen, wer aber als Verbandsfunktionär weiß, wie schwer es ist, bei Tarifverhandlungen mit den Unternehmern um jeden Pfennig Lohnerhöhung zu kämpfen, wer durch jahrelange Mitarbeit festgestellt hat, was es für Mühe und Arbeit kostete, unsere sozialen Bestimmungen in den Manteltarifen zu erreichen, der weiß wieviel schwerer es ist, praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten, als „rrrevolutionäre Phrasen“ zu dreschen.

Unsere freien Gewerkschaften haben durch Taten bewiesen, was sie können. Ich habe meinem RGO.-Kollegen schon so oft gesagt, wenn er sich wie ein Wilder gebärdete und durch lautes Schreien und Schimpfen statt durch Tatsachen und Leistungen für seinen RGO.-Laden Stimmung zu machen versuchte. „Mein lieber Freund, Du könntest Dich hier im Betriebe nicht als Krakeeler aufspielen, wenn wir nicht als freie Gewerkschaftler das Mitbestimmungsrecht im Betriebe durch das neue Arbeitsrecht er-rungen hätten. Wenn Du statt zu schimpfen mehr lesen würdest, dann müßtest Du wissen, was die freien Gewerkschaften seit ihrem Bestehen alles erreicht haben. Aber Du willst das nicht wissen; je weniger Du weißt, desto besser kannst Du alles beschimpfen.“

Mich schmerzt nur das eine, daß wir als Arbeiter, die wir unter der gleichen Not, an dem gleichen Schicksal leiden, uns gegen-seitig beschimpfen und bekämpfen, statt unseren gemeinsamen Gegner, den Kapitalismus, zu besiegen. In einer so furchtbaren Zeit der wirtschaftlichen Krise ist die Spaltungsarbeit der RGO. ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, gegen das wir uns mit allen Mitteln wehren müssen.

O. Berlin.

## 10. Ausschusssitzung des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes

An der 10. Sitzung des Bundesausschusses am 14. und 15. Dezember in Berlin nahmen auch die Bezirkssekretäre und die Redakteure der Gewerkschaftspressen teil. Leipzig wies auf das erlassene Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ hin. Der Bundesausschuß müsse gegen dieses Verbot entschiedenen Protest einlegen. Ein Ortsausschuß hat sich an den Bundesvorstand mit der Anregung gewandt, den Umfang der Gewerkschaftspressen vorübergehend einzuschränken und statt dessen eine verstärkte Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Der Bundesvorstand hält diese Anregung für beachtlich. Er will selbst Flugblätter herausbringen, in denen er zu den allgemeinen Fragen Stellung nimmt. Er empfiehlt den Verbänden, die besonderen Fragen ihres Tätigkeitsbereichs in der gleichen Weise zu behandeln. Auch die Bezirkssekretäre und die Ortsausschüsse sollten sich diesem Vorgehen anschließen. — In Schlesien hat der Bezirkssekretär die Vertreter der Gesellensauschüsse zu einer Konferenz zusammengerufen. Auch in anderen Bezirken sollten diese Konferenzen abgehalten werden. Die Verbände müßten sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen. — Eine Anregung, der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft als korporatives Mitglied beizutreten, hat der Bundesvorstand aus finanziellen Gründen ablehnen müssen. Dagegen werden die Gewerkschaften die von der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft eingeleitete Untersuchung über das Grubenunglück in Alsdorf und die Verhütung ähnlicher Katastrophen unterstützen. — Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Leipzig über die wirtschaftliche Notlage der deutschen Studenten, für die in weit geringerem Maße als bisher Stipendien zur Verfügung gestellt werden könnten. Er halte es daher für zweckmäßig, daß einer Anregung, die von sozialistischen Hochschullehrern ausgegangen sei, stattgegeben werde. Der Vorschlag gehe dahin, daß die Gewerkschaften selbst bestimmte wissenschaftliche Arbeiten anregen sollten, für die zunächst zwei Preise von je 2000 Mk. auszusetzen seien, und zwar geteilt in je drei Preise von 1000, 600 und 400 Mk. — Für das Arbeitersekretariat in Neurode hat der Bundesvorstand 1000 Mk. bewilligt. — Der Vorstand hat sich in letzter Zeit mit dem Plan beschäftigt, eine Konferenz einzuberufen, zu der die Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der größeren Ortsausschüsse geladen werden sollen, außerdem eine größere Anzahl von Betriebsräten, um über Betriebsrätefragen zu beraten. — Von Seiten des Jugendsekretariats wird berichtet, daß der Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände, dem wir angehören, eine Reihe gefeßgeberischer Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzes vorschlagen werde, die eigentlich ihre Regelung im Arbeitsschutzgesetz finden würden. Es sei aber zweckmäßig, diese Fragen vorweg einer Lösung entgegenzuführen. Die Vorschläge sind in Vorbereitung. — Im Zusammenhang mit der Preisenkungsaktion ist die Forderung nach Aufhebung des Nachtbäckverbotes erhoben worden. Der Bundesvorstand hat es aus verschiedenen Gründen abgelehnt, seinerseits diese Aufhebung zu befürworten; vor allem aus dem Grunde, weil sie vermutlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das widerspräche der von den Gewerkschaften befolgten Politik. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist dagegen entschlossen, die Aufhebung des Nachtbäckverbots für Großbetriebe nachdrücklich zu betreiben. — Dann berichtete Leipzig kurz über den Internationalen Gewerkschaftsbund. Es ist bereits bekannt, daß als Nachfolger Sassenbachs der Genosse Schevenels zum Generalsekretär des IGB. gewählt worden ist. In der letzten Sitzung des Vorstandes des IGB. wurde zum Untersekretär der von der Landeszentrale der Tschechoslowakei vorgeschlagene Kandidat Stolz gewählt. Ein gemeinsamer Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Denkschrift zu dieser wichtigen Frage vor. Er wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich fortsetzen.

In der Debatte, die sich an die Mitteilungen des Bundesvorstandes angeschlossen, wurde die Auffassung vertreten, daß Betriebsrätekonferenzen zweckmäßigerweise von den Verbänden einberufen werden sollten. Dagegen sei eine Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände sehr zu begrüßen. Husemann, Bergarbeiter-Verband, hielt es vor allem für wichtig, die Amtszeit der Betriebsräte zu verlängern die Wahlperiode auf etwa 3 bis 4 Jahre festzusetzen. Demgegenüber wurde von Bernhard, Bauergewerksbund, betont, daß die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte für bestimmte Industrien, wie z. B. das Baugewerbe, nicht von erheblicher Be-

deutung sei. Im Baugewerbe werde ein Betriebsrat selten länger als einen Sommer im Amt bleiben. Die heute bestehende Regelung habe den großen Vorteil, daß jährlich Tausende von Arbeitern in dieses überaus wichtige Aufgabengebiet eingeführt werden können. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten, ebenso wie bisher die Kommunisten, versuchen, Betriebszellen aufzuziehen. Gegenüber der Gefahr, gewerkschaftsfremde Grundzüge in die Bewegung einzuführen, sind die Betriebsräte das wichtigste Widerstandszentrum. Die Gewerkschaften müssen sich daher besonders bemühen, die Betriebsräte gründlich zu schulen. Die Betriebsräte müßten in größerem Umfang mit Material zur Unterstützung ihrer sachlichen Arbeit versehen werden. Wenn es gelingt, die Abwehr unserer Mitglieder und Funktionäre gegen jede Zellenbildung in der Organisation zu stärken, werden alle gewerkschaftsfeindlichen Strömungen sehr bald den letzten Rest ihrer Bedeutung verlieren. Endlich wurde auch in der Aussprache darauf hingewiesen, daß der Zweck einer Betriebsrätekonferenz vielleicht nicht erreicht werden könne, wenn die Zahl der Teilnehmer zu stark beschränkt würde. — Zu der Frage des Nachtbäckverbotes wurde ausgeführt, daß es ein Irrtum sei, von seiner Aufhebung eine Herabsetzung des Brotpreises zu erwarten. Die Herstellung von Brot in der Nacht würde sich verteuern, da die Bäckereiarbeiter ebenso wie alle anderen Arbeiter Nachtarbeit nur gegen Lohnzuschläge leisten würden. — Wenn der Jugendschutz aus dem Arbeitsschutzgesetz herausgenommen und vorrangig behandelt würde, bestehe die Gefahr, daß andere wichtige Fragen, die für die Verbände von nicht geringerem Interesse sind und gleichfalls durch das noch ausstehende Gesetz geregelt werden sollen, weiterhin verschoben werden. — Eine Reihe von Verbandsvertretern erklärte, daß eine generelle Einschränkung des Umfanges der Gewerkschaftszeitung nicht in Frage komme. Kollege Schumann, Brandes, Metallarbeiter-Verband, und Berg, Fabrikarbeiter-Verband hielten sie nicht für empfehlenswert. Dagegen waren alle damit einverstanden, eine intensivere Agitation durch Flugblätter zu betreiben, die um so wirkungsvoller sein würde, wenn sie sich aus ganz bestimmten Situationen ergäbe, sich mit falschen Behauptungen und Entstellungen der Gegner auseinandersetze usw.

Ein Redner wandte sich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die von den Kommunisten vorgeschlagene Winterbeihilfe für die Erwerbslosen im Betrage von 400 Millionen abgelehnt habe. Dem wurde entgegengehalten, daß die Sozialdemokratie gegen die von den Kommunisten beantragte Nothilfe stimmen mußte, weil es sich um einen bloßen Agitationsantrag gehandelt habe. Die Antragsteller hätten sich so gut wie jeder andere, der die Finanzlage des Reiches kenne, darüber klar sein müssen, daß diese 400 Millionen gar nicht aufgebracht werden können. Die Staatseinnahmen gingen zurück, während die Staatsausgaben wuchsen.

In der Aussprache kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit für den Ausbau des Reichsbanners zu einer wirksamen Schutzorganisation der Arbeiterschaft und des republikanischen Staates einsetzen müßten. — Alle Verbandsvertreter waren der einmütigen Auffassung, daß es nicht genüge, gegen das Verbot des Remarque-Films zu protestieren; es müsse vielmehr mit aller Entschiedenheit die Aufhebung dieses Verbots gefordert werden.

Am Schluß der Aussprache wies Leipzig darauf hin, daß die Verbandsverbände dem Bundesvorstand ihre Stellungnahme zu dem Plan einer Betriebsrätekonferenz mitteilen sollten. Der Bundesvorstand werde dann entsprechend dieser Stellungnahme seinen Plan weiter verfolgen.

Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung für die Aufhebung des Verbots des Remarque-Films wurde vom Bundesvorstand einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Entschiedenheit aus über das Verbot des Remarque-Films. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militaristischen Geist diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften. Er protestiert gegen das Wiederankleben der Methoden des Obrigkeitsstaates, die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern. Demgegenüber betont der Bundesausschuß erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksherrschaft. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß das Verbot des Films aufgehoben wird.

Es folgte dann ein Referat des Bildungssekretärs des ADGB, Kollegen Heßler, über: „Das neunste Schuljahr.“ (Das



Referat Heßlers geben wir in Nr. 2 „Gew.“ wieder. Red. „Gew.“) Die angenommene Entsch. lautet:

„Die Verlängerung der Schulspflicht ist aus gesundheitlichen, jugendpsychologischen und sozialpädagogischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind bereits früher grundsätzlich für die Verlängerung der Schulspflicht eingetreten. An dieser Auffassung halten sie fest. — Die Verlängerung der Schulspflicht bedeutet erweiterten Jugendschutz, da der ganz tägliche Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinausrückt. Diese längere Fernhaltung von der Erwerbstätigkeit schafft Raum, den Jugendlichen körperlich zu kräftigen und läßt ihm Zeit, geistig zu reifen. Er wird dann seine Berufswahl mit größerer Sicherheit treffen können. Von einer Verlängerung der Schulspflicht ist überdies eine Hebung der geistigen Ausbildung und charakterlichen Erziehung unserer Völler zu erwarten. — Die Verlängerung der Schulspflicht hat gleichmäßig für alle Jugendlichen zu gelten. Für die betroffenen Familien ist eine Sonderfürsorge in ausreichendem Maße unerlässlich. — Gegen den Vorschlag, die Verlängerung der Schulspflicht auf zwei Jahre zu beschränken und nur für die Volksschüler in den Städten einzuführen, sind große Bedenken zu erheben. Dieses Provisorium wäre geeignet, den Grundgedanken der allgemeinen Schulspflicht zu gefährden. — Die Erweiterung der Schulspflicht ist für die Reorganisation des gesamten öffentlichen Schulwesens von weittragender Bedeutung. Die erweiterte Beschulung darf weder in einer einfachen Verlängerung des Elementarunterrichts (Volksschule) bestehen, noch darf sie (durch Besuch spezieller Berufsschulen) zu einer vorzeitigen Berufswahl führen. Ueber Lehrplangestaltung und organisatorische Angliederung sollten sich die Behörden, die Vertreter der Lehrerschaft der Volks- und Berufsschulen mit Vertretern der Wirtschaft verständigen.“

Dereinbarungen zwischen dem Gesamt-Verband und dem AfA-Bund. Leipzig berichtete, daß der Vorstand des Gesamt-Verbandes beabsichtigt, und zwar auf Grund eines Abkommens mit drei AfA-Verbänden, für seine Angestelltenmitglieder Beiträge an den Vorstand des AfA-Bundes statt wie bisher an den des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu zahlen. Der AfA-Bund und seine Unterorgane übernehmen dafür die Wahrung der besonderen Angestellteninteressen der im Gesamt-Verband organisierten Angestelltengruppen. Da diese Regelung vom Organisationsvertrag zwischen AfA-Bund und ADGB abweicht, so sollte der Bundesauschuß des ADGB auf Antrag des Gesamt-Verbandes seine Zustimmung zur Zahlung der Beiträge an den AfA-Bund geben. In der Aussprache stellte sich heraus, daß in verschiedenen Gewerkschaften des ADGB ebenfalls nennenswerte Gruppen von Angestelltenmitgliedern vorhanden sind, für die der Anschluß an den AfA-Bund bzw. die Zahlung von Beiträgen an diesen in Betracht kämen. Diese Entwicklung hat sich vielfach aus der Forderung des Berufsvereins der Angestelltenversicherung und durch Heraushebung im eigenen Beruf ergeben. Da die Zahl der Mitglieder, die für diese Ueberführung an den AfA-Bund in Betracht kommen, nicht annähernd feststeht, beschloß der Bundesauschuß, daß die Vorstände der Verbände entsprechende Feststellungen treffen und etwaige Anträge für den Anschluß dieser Angestelltengruppen an den AfA-Bund dem Vorstand des ADGB unterbreiten sollten. Dann wird in der nächsten Sitzung des Bundesauschusses darüber entschieden werden können.

Eine besondere Ärzteorganisation ist von der Reichssektion Gesundheitswesen im Gesamt-Verband vorbereitet, die vornehmlich die angestellten Ärzte erfährt. Der Plan geht dahin, auch die freien Ärzte in den freien Gewerkschaften zu organisieren. Der Vorstand des AfA-Bundes ist bereit, gemeinsam mit dem Gesamt-Verband eine besondere Organisation zu bilden, in der alle Ärzte erfährt werden. Der Bundesauschuß beschloß daher, beide Organisationen mit der Ausarbeitung eines Planes zu beauftragen, über den die kommende Sitzung des Bundesauschusses beschließen soll.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Bundesauschusses stand dann eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage. Kollege Spliedt gab einen Ueberblick über das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen wie aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Winters anwachsen. Insbesondere werden sich die Verhältnisse in der Bauwirtschaft verschlechtern. Die Gewerkschaften stehen infolgedessen vor der Frage, wie sie unter diesen für ihren Kampf schwierigen Bedingungen den drohenden Lohnabbau abwehren oder auf das geringste Maß beschränken können. Die Tarifföhne konnten bisher im größten Teile der Fertigwarenindustrie gehalten werden, während die übertariflichen Verdienste und Akkordlöhne bereits vielfach abgeglitten sind. Der Angriff gegen die Tarifföhne auf breiterer Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größeren Umfang annehmen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund drei Millionen Arbeiter kündbar. Dem-

nach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewegung gegen diese Gefahr einzusetzen hat. Bei dieser Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die taktische Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schlichtung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlichkeits-erklärung von Schiedsprüchen. Das Reichsarbeitsministerium hat — im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung — wiederholt öffentlich bekundet, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnsenkungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Danach wird sich die Schlichtungspolitik, namentlich die Anwendung der Verbindlichkeits-erklärung, sowohl im Prinzip wie im einzelnen Falle, einrichten. — Andererseits steht, wie gesagt, fest, daß eine gewisse Verminderung des Lohnneinkommens durch die Einschränkung der Ueberrerdienste bereits stattgefunden hat. Daher haben auch die Gewerkschaften ein Interesse am Abbau der Preise, damit ein Ausgleich für die Verminderung des Arbeitseinkommens hergestellt werde. Aber die Gewerkschaften haben nicht nur ein Interesse an dem Erfolg des Preisabbaues, sondern auch an seiner schnellen Durchführung und Beendigung. Währt die Aktion zum Abbau der Preise zu lange, so lähmt sie die Kaufkraft und droht die Auftragserteilung. Eine solche Entwicklung steht einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wege. — Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes gefordert. Vereinbarungen mit den Unternehmern über die Streckung der Arbeit begegnet bisher, wie sich in vielen Fällen zeigte, großen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber erklärten jede Verkürzung der Arbeitszeit für nachteilig für die Belebung der Wirtschaft. Sogar die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit wurde in ihrem Lager laut. Das Ziel der Arbeitsstreckung muß aber trotzdem mit größerem Nachdruck weiter verfolgt werden, und zwar auch als eine Vorarbeit für die unbedingt notwendige durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit, zu der es auf jeden Fall und unter allen Umständen in absehbarer Zeit kommen müsse. Es gilt, den Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt zurückzudrängen durch eine möglichst weitgehende Einführung kürzerer Arbeitszeiten zum Zwecke der Einstellung von Arbeitskräften. — Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand der Unternehmer gegen ihre Forderungen zu rechnen haben. Selbstverständlich ist es wünschenswert für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhigere Bahnen zu lenken und die Formen der Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegenläufigen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.

In der Diskussion wurde die gegenwärtige taktische Situation der Gewerkschaften eingehend erörtert. Allgemein war die Ueberzeugung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr vertretbar sei, wenn eine Senkung der Tarifföhne eintrete. Denn dann würde die Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Lohneinbuße bedeuten. Gegen diese durch den Preisabbau nicht gerechtfertigte Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterschaft müßten sich die Organisationen mit äußerster Entschlossenheit zur Wehr setzen. Grundsätzliche Zugeständnisse der Unternehmer hätten nur dann Bedeutung, wenn ihre Beachtung im Einzelfall gewährleistet ist. Jede Zweideutigkeit muß gerade jetzt vermieden werden. — Die einzelnen Redner schilderten die zurzeit in verschiedenen Industriezweigen bestehende Lage, namentlich hinsichtlich der Tarifverträge und ihrer Kündigungszeiten. Aus den Berichten ergab sich, daß zahlreiche große Tarifbewegungen bevorstehen. Wenn die Regierung und die Unternehmer den ersten Willen hätten, den Austrag der sozialen Gegensätze in friedlichere Bahnen zu lenken, so müßten sie sich eindeutig zur Tariffidee und zur Erhaltung des Tarifsystems bekennen. Tatsächlich zeigt sich aber, daß die Unternehmer z. B. in der Metallindustrie weder in der Frage der Entlassungen noch in der Frage der Mehrarbeit das geringste Entgegenkommen beweisen. Auch an dem Willen der Regierung, in diesen Fragen eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind starke Zweifel berechtigt. Bei manchen Auseinandersetzungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es den Unternehmern nicht nur auf den Lohnabbau ankommt, sondern auf einen Generalangriff gegen die tarifliche Regelung überhaupt, gegen die Befestigung der Bestimmungen über den Urlaub, den Entlassungsschutz usw. Das normative Recht der Tarifverträge darf aber nicht verschleht werden.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Johannes Hoffmann, langjähriger SPD-Abgeordneter des Reichstags und nach der Ermordung Kurt Eisners bis zum Kapp-Putsch bayerischer Ministerpräsident, ist am 15. Dezember gestorben.

Majestätsbeleidigung und Militärrevolten republikanischen Charakters sind wieder ausgebrochen und herrschen seit Tagen in Spanien.

Hinein in das Reichsbanner! Die Bezirksvorstände der SPD für Berlin und Brandenburg-Grenzmark, der Bezirksausschuß des ADGB, Brandenburg-Grenzmark, der Ortsausschuß des ADGB, Berlin, des Arbeiterpartei- und Kulturpartei der Provinz Brandenburg und des Bezirksrat Brandenburg des NSDAP-Bundes ersuchen am 16. Dezember einen Aufruf zum Eintritt in das Reichsbanner, um die faschistische Reaktion abzuwehren.

Ulrich Kauscher, der deutsche Gesandte in Warschau, seit vielen Jahren Mitglied der SPD, ist am 18. Dezember, 46 Jahre alt, an Lungenerkrankung gestorben.

Der deutschnationale Misstrauensantrag gegen die Minister Braun und Sebering wurde vom Landtag mit 224 gegen 182 Stimmen abgelehnt. — Der Landtag wurde nach Beendigung der ersten Sitzung des Etats am 19. Dezember bis zum 27. Januar 1931 vertagt.

Das „Saalfelder Volksblatt“ ist vom Nazi-Minister Fritsch zum 31. Dezember 1930 verboten worden wegen angeblicher Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Staatsform. In Wirklichkeit wegen eines Angriffes auf Fritsch.

## Aus unserer Bewegung

Konferenz des Bezirks V Brandenburg-Grenzmark. Die Bezirksleitung hatte zum 14. Dezember 1930 die Mitglieder des Bezirksvorstandes und der Tarifkommissionen, sowie die Angestellten im Bezirk und die von den Ortsverwaltungen zu delegierenden Vertrauensleute nach Haverlands Festjalen in Berlin zusammengerufen, um zu der gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen. Anwesend waren 89 Kolleginnen und Kollegen, die das Referat des Kollegen Schmecker mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten. Schmecker ging auf die Ursachen der Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen ein, die man, um sie verstehen zu können, zuerst einmal klar erkennen müßte. Wenn wir das Errungene nicht nur halten, sondern uns sogar darauf einstellen wollen, es zu erweitern, dann müssen wir uns auch darüber klar sein, daß die Mittel der vergangenen Zeit dazu nicht ausreichen werden. Die Wege, die wir jetzt zu gehen haben, müssen und werden unter allen Umständen andere sein als bisher. Auch wir wollen zum Ausdruck bringen, daß wir die Zeichen der Zeit verstanden haben. Es heißt heute: Bis hierher und nicht weiter! Wir verteidigen alles, was wir errungen haben! — Bereits die Zwischenrufe während des Referats bewiesen, wie sehr den Kollegen aus dem Herzen gesprochen war. Die Diskussion bewegte sich ausschließlich in zukunftsweisendem Sinne. — Kollege Schmecker bezeichnete in seinem Schlusswort den noch engeren Zusammenschluß in den freigewerkschaftlichen Organisationen als eine der ersten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Beendigung unserer zu erwartenden Kämpfe. Nachstehende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 14. Dezember 1930 in Haverlands Festjalen in Berlin tagende Konferenz des Wirtschaftsbereichs V Brandenburg-Grenzmark des Gesamtverbandes beschließt: An den Vorstand des Gesamtverbandes zur weiteren Uebermittlung an den Bundesvorstand des ADGB, und den Parteivorstand der SPD, ergeht folgende Mahnung:

Schwer lastet der Druck der Wirtschaftskrise auf der gesamten Arbeitnehmerschaft. Die falsche Politik der Arbeitgeber, einseitig durch Lohnreduzierung die Wirtschaftskrise beheben zu wollen, hat die Reichsregierung sich leider zu eigen gemacht, ohne die notwendige Vorabklärung, den Preisabbau zu schaffen. Daher muß die dringende Forderung erhoben werden, den Preisabbau zu beschleunigen. Solange dies nicht geschieht, müssen alle Maßnahmen des Lohnabbaus auch auf den ruhigsten und besonnensten Arbeitnehmer erbitternd wirken. Dadurch würde der Zugang zu den Einkünften und Hochstabilisaten nur verflüchtigt und alle Errungenschaften der deutschen Arbeitnehmerschaft zunichte gemacht werden. — Aber auch in politischer Beziehung müssen alle Errungenschaften verlorengehen. Es besteht die Gefahr, daß Deutschland zum Kriegsschauplatz gemacht wird. Ungeheures Elend, Zerstörung der Arbeiterbewegung, Vernichtung aller Errungenschaften auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet wären die Folgen. Daher den allerhöchsten Kampf den Reichs- und Einkommensteuern, denjenigen, die die Notlage der Arbeitnehmerschaft für ihre politischen Zwecke ausbeuten! Wohl ist dieser Kampf — leider etwas spät — in verschärfter Front aufgenommen worden. Jedoch genügt dies nicht. Der falschen bürgerlichen Moral unsere auf hoher Warte stehenden menschlichen Ideale entgegenzusetzen und unsere Gegner dadurch zur Vernunft bewegen zu wollen, ist zwecklos. — Zur Rettung dieser Ideale, zur Erhaltung der Demokratie ist zunächst notwendig das enge Zusammenarbeiten zwischen freien Gewerkschaften, Partei und Reichsbanner, damit die Möglichkeit geschaffen wird, wenn es sein muß, mit außergewöhnlichen Mitteln in die Verteidigung einzutreten zu können. Es geht um den Bestand der Arbeitnehmerschaft! Es gilt die Rettung der Demokratie!“

## RUNDSCHAU

Kollege Reinhold Preißler, Bezirksleiter des Gesamtverbandes im Freistaat Sachsen, feiert zum Jahreswechsel sein 25-jähriges Jubiläum als Angestellter der Organisation. Ab 1. Januar 1906 begann er seine Arbeit als Gauleiter des Verbandes



der Gemeinde- und Staatsarbeiter und betrachtete es als seine vornehmste Aufgabe, die Arbeiter zunächst der ostfälischen Gemeinden den organisationsfeindlich eingestellten Bürgermeistern und Stadträten zum Trotz zum Kampf um gewerkschaftliche Besserstellung zusammenzufassen. Trotz wiederholter Rückschläge in der Arbeit gelang es Reinhold Preißler, sich bald in den verschiedensten sächsischen Gemeinden einen vom Gewerkschaftsziel überzeugten Stamm von Mitgliedern und Verbandsfunktionären zu schaffen, mit dessen Hilfe er die Organisation unter den Gemeindearbeitern

ausbreitete. Die Gegner versuchten mit allen Mitteln den Aufstieg der Organisation zu hemmen. Die ständigen Arbeiter wurden in das Beamtenverhältnis übergeführt und ihnen das Recht, sich zu organisieren, genommen. Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation wurden abgelehnt. Man brachte zum Ausdruck, nur mit kommunalen Arbeiterschüssen verhandeln zu wollen. Ja, sogar Organisationsverbote wurden an die Arbeiter ausgesprochen. Reinhold Preißler ließ sich aber nicht irre machen, darum war auch seine Arbeit von ständigem Erfolg begleitet. Die Kriegsjahre erweiterten sein Arbeitsgebiet räumlich sehr. Dank seinem zähen Willen war es in den ersten Kriegsjahren möglich, die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gemeinde-, Staats- und Bezirksarbeiter einschließlich des Personals im Gesundheitswesen vorzubereiten und durchzuführen. Rascher Aufstieg der Organisation war die Folge dieser wirksamen Interessenwahrnehmung. Auch der Entwicklung des Reichsbundes der Beamten und Angestellten widmete Reinhold Preißler in den letzten Jahren sein besonderes Interesse. So hat sich Reinhold Preißler bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern viel Ansehen erworben, das sich jetzt nach der Verschmelzung auch auf die Mitglieder des Gesamtverbandes überträgt. — Wir bringen mit ihnen unserem Reinhold zu seinem Jubiläum die aufrichtigsten Glückwünsche und hoffen, daß er noch lange seine im Kampf erprobte Kraft in den Dienst des Gesamtverbandes und der gesamten Arbeiterbewegung stellen kann.

Die Tarifverträge 1929. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes über die Tarifverträge am 1. Januar 1929 hat die Zahl der Tarifverträge gegenüber dem Vorjahr um 747 zugenommen. Die Zahl der davon erfaßten Betriebe stieg um rund 85 000 und die Zahl der Arbeiter um rund 9000. Diese verhältnismäßig geringe Zunahme der Arbeiterzahl ist auf die starke Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Insgesamt bestanden 8925 Tarifverträge, die für 997 977 Betriebe mit 12 276 000 Arbeitern Geltung hatten. Am 1. Januar 1928 wurden 8178 Tarifverträge gezählt, unter die 912 000 Betriebe mit 12 267 440 Arbeitern fielen. Von den am 1. Januar 1929 geltenden Tarifverträgen waren 84 Reichstarife, 3089 Bezirkstarife, 2499 Ortsstarife und 3263 Firmentarife. Die Bezirkstarife galten für 747 000 Betriebe mit rund 9,2 Millionen Arbeitern. Bemerkenswert ist, daß bei den Arbeitern die Zahl der unter Tarif fallenden weiblichen Kräfte zurückgegangen ist, und zwar von 2 511 000 im Jahre 1928 auf 2 398 100 im Jahre 1929. Bei den Angestellten ist die Zahl der unter Tarif stehenden weiblichen Kräfte von 495 000 auf 522 000 gestiegen. Von der Gesamtzahl der Tarifverträge entfielen auf die Industrie der Steine und Erden 675 Tarifverträge, auf das Verkehrswesen 387, auf das Handelsgewerbe 979, auf die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung 142, auf das Bauwesen 1134, auf das Bekleidungsgebiet 573 usw. Eine Vertragsdauer von 1/2 bis 1 Jahr hatten 3431 Verträge, von 1 bis 2 Jahren 2529, von 2 bis 3 Jahren 191 und über 3 Jahre 28. Für allgemeinverbindlich erklärt waren Ende 1929 1986 Verträge gegen 1829 im Jahre 1928.

E. II.